

JAHRESBERICHT 2012

Im Interview

Dr. Jens Weidmann

Bundesbankpräsident

Seite 20

Im Interview

Dr. Ulrich Schneider

Paritätischer Wohlfahrtsverband

Seite 28



Statistisches Bundesamt

Impressum

Herausgeber
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Redaktion
Heidrun Stirner und Ilka Willand
jahresbericht@destatis.de

Gestaltung
KonzeptQuartier® GmbH, Fürth
Barbara Both, Statistisches Bundesamt

Erschienen im Mai 2013

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit
Quellenangabe gestattet.

Bildrechte

Umschlag
© KonzeptQuartier® GmbH / © Statistisches Bundesamt

Seite 3, 4, 5, 8, 10, 11, 31, 42, 45, 46
© Statistisches Bundesamt

Seite 5, 16, 19, 40, 41
© KonzeptQuartier® GmbH / © Statistisches Bundesamt

Seite 4, 23, 24, 25, 26, 31
© KonzeptQuartier® GmbH

Seite 4, 21
© Deutsche Bundesbank

Seite 5, 28, 29, 30
© Der Paritätische Gesamtverband

Seite 33
© OJO Images / www.fotosearch.com

Seite 5, 36, 37, 38, 39
© Bloomberg L.P.

Liebe Leserin,
lieber Leser,

„... echt amtlich“ – können Sie sich noch daran erinnern? Es war kein neues Gütesiegel oder gar eine Zertifizierung nach der DIN Norm. Der Ausdruck wurde vor zehn Jahren ins Lexikon der Jugendsprache aufgenommen. Für Jugendliche heißt „echt amtlich“, dass etwas wirklich wahr und die Quelle absolut zuverlässig ist. Beneidenswert, wie junge Menschen die Dinge so schnell auf den Punkt bringen können.

Dass wir als Datenproduzent Vertrauen genießen und unsere Statistiken glaubwürdig sind, bestätigen uns auch die diesjährigen Interviewpartner – aus ihrer jeweiligen Perspektive. Rückblickend auf die europäische Schuldenkrise erinnert Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann an die Verantwortung der Politik, auf verlässliche Daten zurück zu greifen. Er erläutert uns, warum es auch im internationalen Kontext zu einer Renaissance nationaler Daten gekommen ist. Eine andere Perspektive für die Bedeutung von glaubwürdigem statistischen Material zeigt das Interview mit Dr. Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband. Bei der Berechnung von Armutsquoten und der Abbildung von Haushaltseinkommen sind belastbare Ergebnisse evident, werden sie doch für viele politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse herangezogen. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die derzeit durchgeführt wird, bietet auch für die wissenschaftliche Forschung ein breites Themenspektrum: Einen interessanten Einblick erhalten Sie in diesem Jahresbericht mit dem Forschungsatlas der EVS.

„Echt amtlich“ hat also bei genauer Betrachtung in den letzten Jahren weiter gewonnen. Das ist meine Sichtweise und die vieler unserer Kundinnen und Kunden. Gemäß unserem Motto „wissen.nutzen“ werden wir alles tun, damit Sie auch in Zukunft auf verlässliches Wissen zurückgreifen können.

Ihr

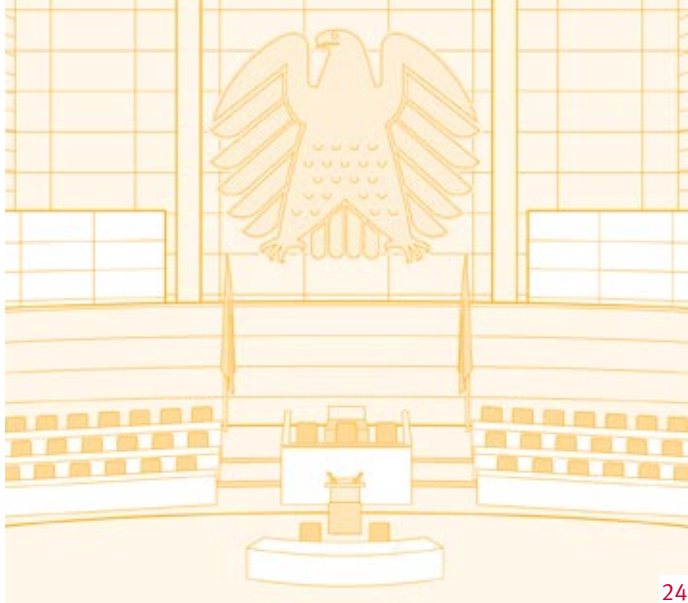
Roderich Egeler

Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes



Inhalt

02	Impressum
03	Editorial
<hr/>	
06	Vision Leitmotiv und Kennzahlen in Kürze
08	Das Jahr der Rekorde Die Pressearbeit 2012
10	Relaunch 2012 Neues auf www.destatis.de
12	10 Jahre Forschungsdatenzentren Vom Memorandum zur Serviceeinrichtung
14	So tickt Deutschland Relaunch des Statistischen Jahrbuches
16	Stresstest bestanden Die Finanzkrise im Rückblick
20	Im Interview: Dr. Jens Weidmann Bundesbankpräsident
24	Politikberatung Statistiken für politische Entscheidungsprozesse



28	Im Interview: Dr. Ulrich Schneider Paritätischer Wohlfahrtsverband
32	Wo bleibt mein Geld? Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2013 (EVS)
34	Forschungsatlas EVS Forschungsprojekte mit Mikrodaten der EVS
36	Im Kundenprofil: Bloomberg L.P. Wirtschaft & Finanzen im Hochgeschwindigkeitsnetz
40	Gerhard-Fürst-Preis 2012 Forschen mit amtlichen Daten
42	Haushalt Budget und Ausgaben 2012
44	Personal Feedback für die Vorgesetzte
46	Leitung Amts- und Abteilungsleitung
<hr/>	
48	Kontakt und Adressen

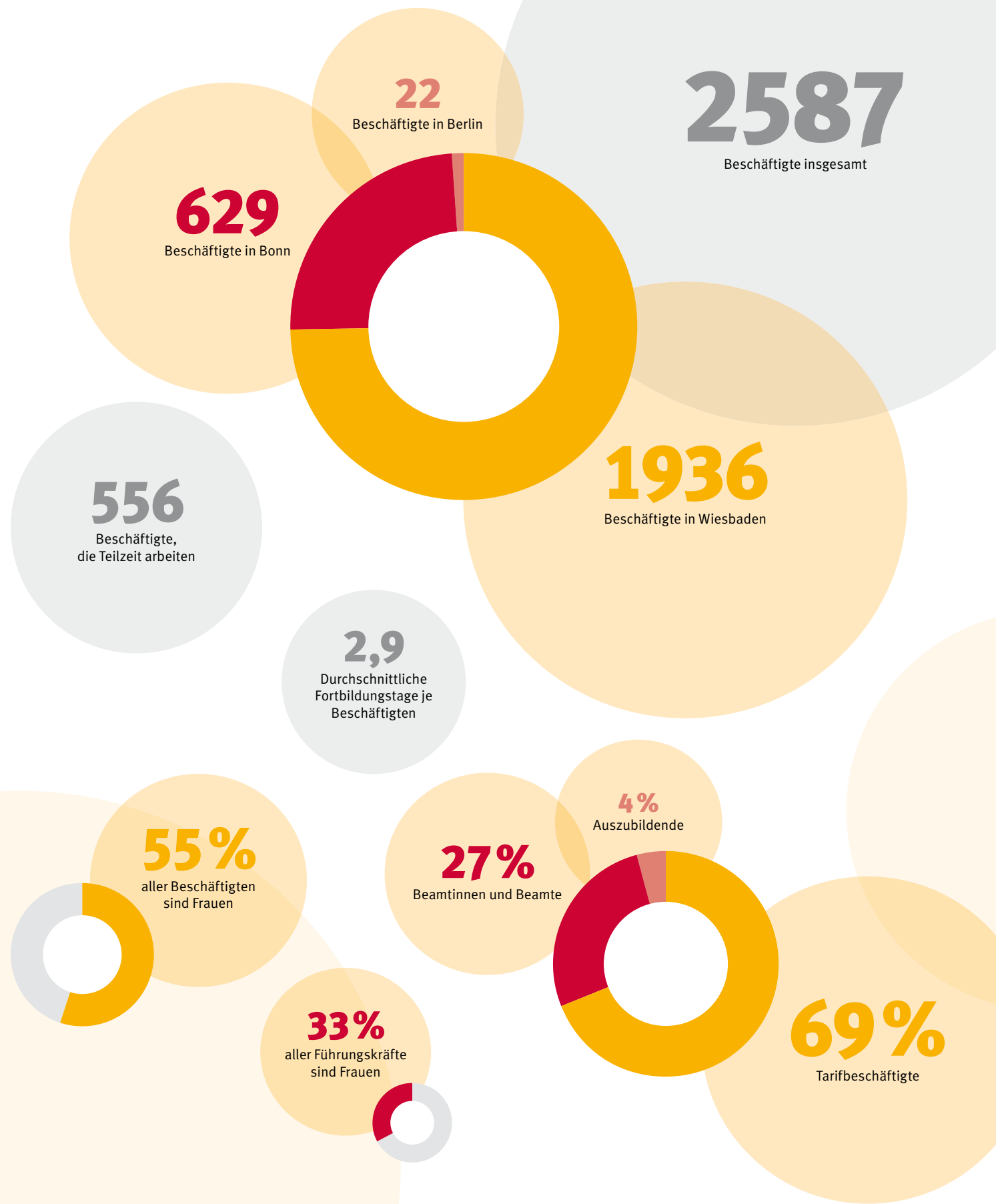
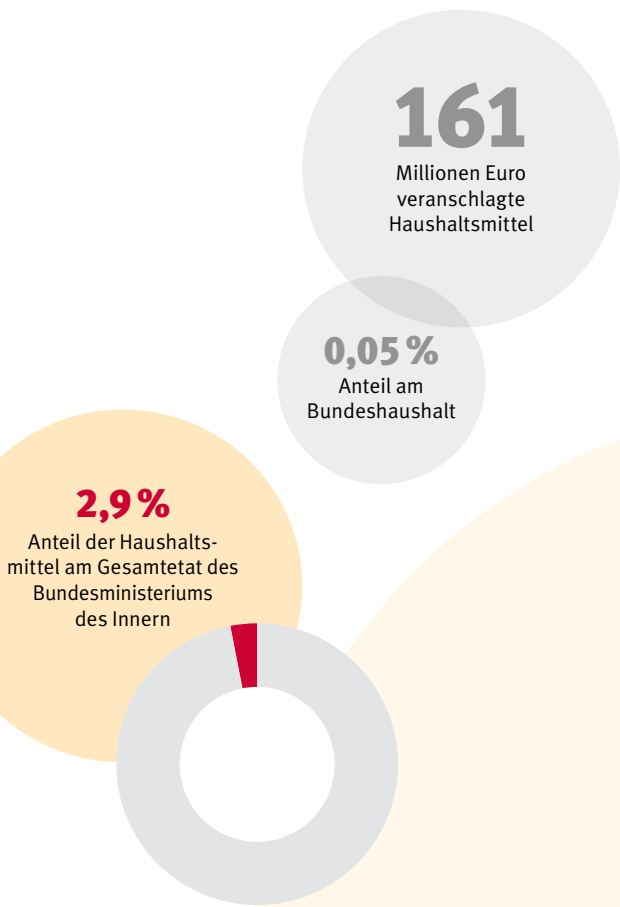
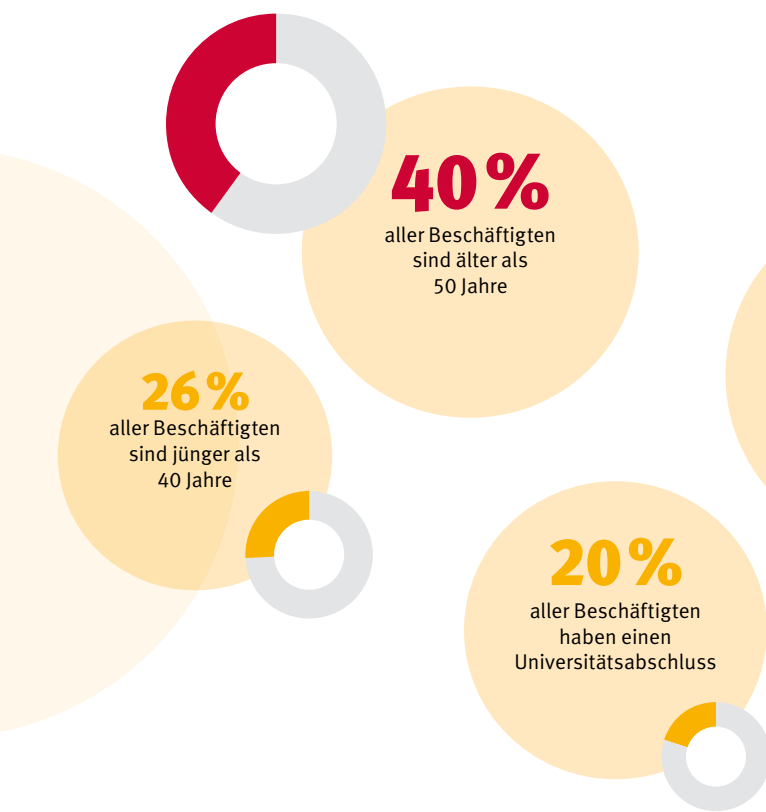
Vision

Das Statistische Bundesamt ist der führende Anbieter qualitativ hochwertiger statistischer Informationen in Deutschland.

Wir liefern die für die Willensbildung und die Entscheidungsprozesse in einer demokratischen Gesellschaft notwendigen statistischen Informationen und garantieren die Neutralität, Objektivität und wissenschaftliche Unabhängigkeit unserer Arbeiten sowie die vertrauliche Behandlung der uns überlassenen Einzeldaten.

Unsere Leistungsfähigkeit beruht auf der innovativen Kraft, Kompetenz und Kundenorientierung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das Statistische Bundesamt in Zahlen 2012



Das Jahr der Rekorde

2012 meldete die Pressestelle Höchstwerte für den deutschen Außenhandel und die Arbeitsproduktivität. Noch nie gab es so viele Studierende in Deutschland und die Jugenderwerbslosigkeit war die niedrigste der EU. Doch wurden auch höchste Quoten für Alleinlebende, Niedriglohnempfänger und die zweitälteste Bevölkerung der Welt gemeldet.



Pressesprecher Klaus Pötzsch (links vorne) mit seinem Team

Insgesamt veröffentlichte das Statistische Bundesamt 458 Pressemitteilungen. Hintergrundwissen und Analysen lieferten sieben Pressekonferenzen, davon sechs wie gewohnt im politischen Zentrum der Hauptstadt. Einige Highlights der Pressearbeit 2012 in chronologischer Reihenfolge:

Januar

Traditionell starteten wir das Pressejahr mit einer unserer wichtigsten Zahlen: dem Bruttoinlandsprodukt. Präsident Egeler begann das Jahr mit guten Nachrichten, die deutsche Wirtschaft war 2011 in robuster Verfassung. Nach der stärksten Rezession der Nachkriegszeit im Jahr 2009 gab es nun das zweite Jahr in Folge deutliche Zuwachsraten. Das Bruttoinlandsprodukt legte im Jahr 2011 um 3,0% gegenüber 2010 zu.

Auch beim Arbeitsmarkt gab es weiter gute Nachrichten: Die Zahl der Erwerbstätigen hielt sich auch im Dezember 2011 über der 41-Millionen Marke.

Februar

Positive Nachrichten bei den Staatshaushalten: Endlich konnte im Jahr 2011 wieder das Maas-tricht-Defizitkriterium von 3% eingehalten werden. Die staatliche Defizitquote lag im Jahr 2011 bei -1,0%.

Die hohen Energiepreise waren die Ursache für Preissteigerungen im Jahr 2011. Für Rohöl mussten die Importeure neue Höchstpreise bezahlen.

März

In diesem Monat ging es rund um das Thema „Wie leben die Deutschen?“. „Mehr Eigentum, höhere Mieten“, oder: „Deutsche sind weniger armutsgefährdet als der EU-Durchschnitt“, sagte die Statistik. Und: „Die Deutschen essen weniger Fleisch und mehr Gemüse“. Sie geben außerdem viel mehr für Hightech aus. Das waren nur einige Beispiele der Pressemitteilungen, die in diesem Monat besonders viel Presseresonanz erfahren haben.

April

Die Arbeitsproduktivität der Deutschen steigt, und zwar deutlich! Zwischen 1991 und 2011 erhöhte sie sich je Erwerbstätigen um 22,7%. Je Erwerbstätigenstunde stieg sie sogar um 34,8%.

Mai

Erfreulich für die deutsche Wirtschaft: Der Außenhandel meldet Rekordwerte. Im März 2012 wurden sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen neue historische Höchststände für

Einzelmonate erreicht. Es wurden Waren im Wert von 98,9 Milliarden Euro ausgeführt und Waren im Wert von 81,5 Milliarden Euro importiert.

Juni

Elterngeld: wer bezieht es, wie lange und wie viel? Das waren die zentralen Fragen, die wir den Journalisten bei der Pressekonferenz in Berlin zum Thema „Elterngeld“ beantworteten. Ein Fazit: Immer mehr Väter nehmen auch Elterngeld in Anspruch. Einen deutlichen Zusammenhang gibt es dabei zur Berufstätigkeit der Frau: „Wenn Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen und Nachwuchs bekommen, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass auch der Vater eine Babyzeit nimmt, in der er Elterngeld bezieht“, erklärte Roderich Egeler.

Juli

Im Juli geht es in einer Pressekonferenz des Mikrozensus 2011 wieder um ein Bevölkerungsthema, diesmal: Alleinlebende. Im Jahr 2011 gab es in Deutschland rund 15,9 Millionen Menschen davon. Damit lebte jede fünfte Person 2011 allein. Vor 20 Jahren gab es 11,4 Millionen Alleinlebende – damals lag die Alleinlebendenquote bei 14%.

August

Das Thema Beschäftigung ist Dauerbrenner 2012. Im August gibt es eine erfreuliche Nachricht: Deutschland hat die niedrigste Jugenderwerbslosigkeit in der Europäischen Union. Rund 8% der Jugendlichen in Deutschland sind erwerbslos, wesentlich weniger als im Durchschnitt der EU (23%). Traurige Schlusslichter sind Griechenland und Spanien, mit Quoten von über 50%.

September

Politik und Gesellschaft diskutieren über das Für und Wider von Mindestlöhnen. Gut zu diesem Thema passte unsere Pressekonferenz zum Thema „Niedriglohn und Beschäftigung 2010“. Im Jahr 2010 arbeitete gut ein Fünftel (20,6%) aller Beschäftigten in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten für einen Niedriglohn. 2006 lag der Anteil noch bei 18,7%. „Mit dieser Steigerung setzte sich ein längerfristiger Trend fort“, sagte Roderich Egeler bei der Vorstellung der Er-

gebnisse in Berlin. Die Pressekonferenz erreichte Spitzenwerte bei der Berichterstattung.

Oktober

Das Statistische Jahrbuch präsentiert sich neu: Inhalte und Layout sind komplett überarbeitet. Fazit der diesjährigen Pressekonferenz: „Deutschland hat die älteste Bevölkerung in Europa und die zweitälteste der Welt“. Es gibt immer weniger junge und immer mehr ältere Menschen in Deutschland. Ältere zeigen sich heute aktiver als früher. Junge Menschen gründen seltener eine Familie und wenn, dann später. Gleichgeschlechtliche Beziehungen sind zunehmend als Lebensform gesellschaftlich akzeptiert: Rund 40% der homosexuellen Paare haben ihre Partnerschaft eintragen lassen.

November

Hitzige Diskussionen über die Kindertagesbetreuung in Deutschland: Können die Kommunen den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter 3-Jährige ab August 2013 erfüllen? Was bringt das Betreuungsgeld? Inmitten dieser Debatte werden die neuen Zahlen zur Kindertagesbetreuung in Deutschland präsentiert: es wird knapp! Gemessen am Stichtag 1. März 2012 fehlen bis August 2013 noch 220.000 Plätze. Der Presseandrang ist riesig und die Berichterstattung umfassend.

Dezember

Zum Jahresabschluss ein Blick auf die deutsche Hochschullandschaft im Bologna-Prozess. Die stark gestiegenen Studienanfängerzahlen führten in den letzten Jahren zu einer enormen Expansion an den Hochschulen. Rund 2,4 Millionen Studierende waren 2011 an deutschen Hochschulen eingeschrieben, 500.000 mehr als noch vor zehn Jahren. „Nach vorläufigen Daten hat sich die Zahl der Studierenden zum Wintersemester 2012/2013 weiter auf 2,5 Millionen erhöht. Damit wurde ein neuer Höchststand erreicht“, konstatierte Roderich Egeler. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Lehre. Zwar gibt es auch deutlich mehr Personal, der Ausbau hält aber nicht ganz mit dem Studentenansturm Schritt. Das Betreuungsverhältnis hat sich in den letzten Jahren leicht verschlechtert.

Relaunch 2012: www.destatis.de

Die Internetseite *destatis.de* mit vier Millionen Abrufen pro Monat wurde einem Relaunch unterzogen. Anforderungen und Anregungen von Experten, Kunden und Beschäftigten wurden gesammelt und bei der Neukonzeption berücksichtigt. Hier die wichtigsten Neuerungen:

Schneller Einstieg, guter Überblick

Die kompakte Struktur der Themen unter „Zahlen und Fakten“ und die vollständig geänderte Navigation sind die auffälligsten Neuerungen. Je nach Interesse finden Besucherinnen und Besucher einzelne Zahlen, kommentierte Grunddaten oder thematisch aufbereitete Analysen. Schnellleser finden aktuelle Indikatoren zu Wirtschaft und Konjunktur und methodisch Interessierte können tiefer einsteigen.

Punkten mit Grafiken

Visualisierte Daten sind beliebt, werden gerne abgerufen und vielseitig verwendet. Klare Aussagen zu komplizierten Sachverhalten, gutes grafisches Handwerk und digitale Verwendung stehen im Vordergrund. An der Optimierung für mobile Endgeräte wird derzeit gearbeitet.

Mit drei Klicks in die Datenbank

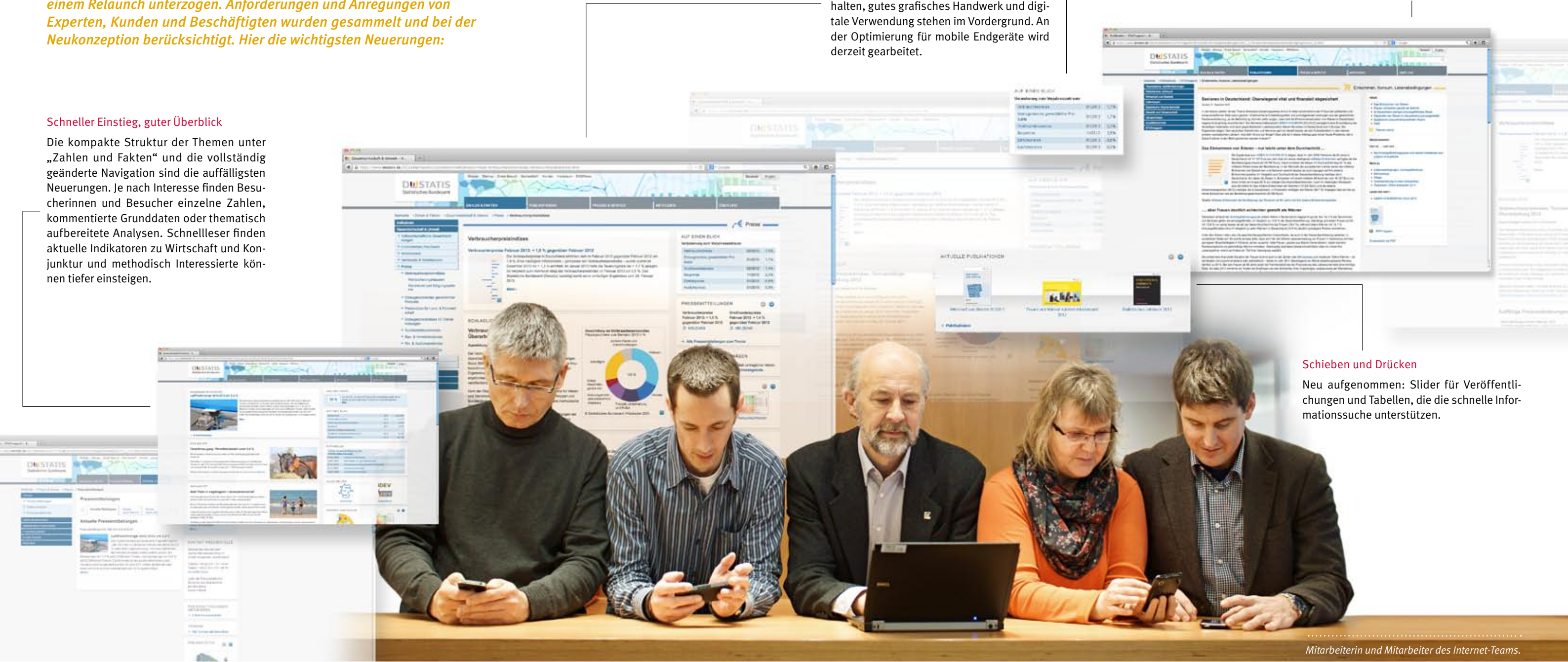
„Auf einen Blick“ – diese Rubrik bietet einen direkten Einstieg zu einer gesuchten Zahl aus der Datenbank Genesis-Online, ersatzweise zu einer HTML-basierten Tabelle. Dieser Service wird für nahezu alle Themen nach und nach zur Verfügung gestellt.

Themen, die bewegen

Das STATmagazin liefert Kontextwissen zu Themen, die im Blickfeld des öffentlichen Interesses stehen. Zum Beispiel: „Senioren in Deutschland: überwiegend vital und gut abgesichert“ oder „Nahrungsmittelpreise im Zeitalter der Globalisierung“. Schnell und verständlich werden die wichtigsten Daten und Fakten zum Thema beleuchtet.

Schieben und Drücken

Neu aufgenommen: Slider für Veröffentlichungen und Tabellen, die die schnelle Informationssuche unterstützen.



Mitarbeiterin und Mitarbeiter des Internet-Teams.

Zehn Jahre Forschungsdatenzentren

Wissenschaftler drängten 1998 in einem Memorandum darauf, die Dateninfrastruktur für die empirische Wirtschafts- und Sozialforschung in Deutschland zu verbessern. Nach zehn Jahren stehen der Wissenschafts-Community in allen Bundesländern 21 Serviceeinrichtungen der Forschungsdatenzentren (FDZ) der Statistischen Ämter zur Verfügung. Rund 1 500 Forschungsprojekte wurden bisher betreut.

Der Impuls aus der Wissenschaft

Die Professoren Richard Hauser, Gerd G. Wagner und Klaus F. Zimmermann publizierten im Jahr 1998 im Allgemeinen Statistischen Archiv ihr Memorandum zu „Erfolgsbedingungen empirischer Wirtschaftsforschung und empirisch gestützter wirtschafts- und sozialpolitischer Beratung“. Sie setzten damit einen öffentlichen Disput in Gang, der in der Gründung der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik, kurz KVI, mündete. Dieses Gremium, nach der damals amtierenden Ministerin für Bildung und Forschung auch Bulmahn-Kommission genannt, legte im März 2001 sein 300 Seiten umfassendes Gutachten vor. Eine der zentralen

institutionellen Empfehlungen der Kommission war die Einrichtung von Forschungsdatenzentren (FDZ) bei den öffentlichen Datenproduzenten. Diese Empfehlung wurde von der amtlichen Statistik aufgegriffen.

Erfolgreiche Kooperation: Die FDZ werden gegründet

Noch im Herbst 2001 wurde das FDZ des Statistischen Bundesamtes gegründet. Ein halbes Jahr später, im April 2002 nahm das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter mit 16 regionalen Standorten seine Arbeit auf. Beide FDZ wurden in ihren Gründungsphasen durch das Bundesministerium für Bildung

und Forschung (BMBF) finanziell gefördert. In den Jahren 2002 und 2003 standen zunächst die Klärung grundsätzlicher Fragen des Datenzugangs und der Nutzungsbedingungen im Vordergrund. Mit einander ergänzenden Arbeits- und Strukturschwerpunkten sollten das FDZ des Statistischen Bundesamtes und das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter dem wachsenden Datenbedarf der empirisch arbeitenden Wissenschaft gerecht werden. In enger Zusammenarbeit der beiden Forschungsdatenzentren wurde auf diese Weise ein abgestimmtes Dienstleistungsangebot für die wissenschaftliche Nutzung von Mikrodaten der amtlichen Statistiken geschaffen. Beide FDZ wurden nach den Kriterien der Wissensgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) durch ein unabhängiges Gutachtergremium 2004 und 2006 positiv evaluiert.

Mikrodaten für Wissenschaft und Forschung

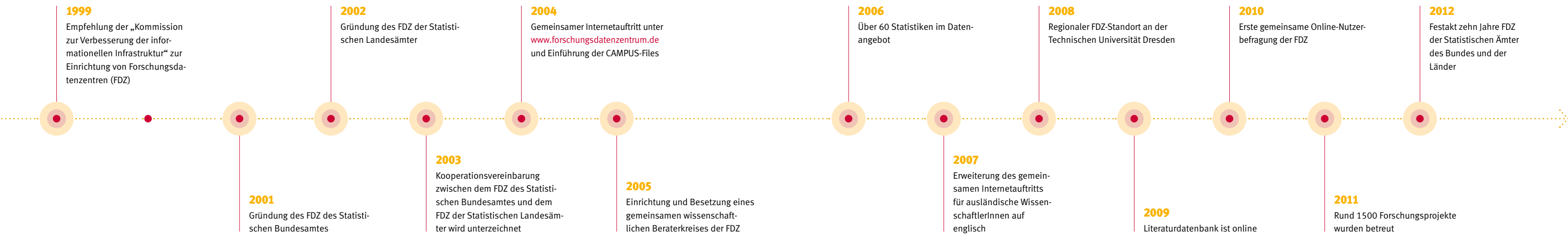
Damals wie heute bieten die FDZ der Statistischen Ämter verschiedene Formen des Zugangs zu ausgesuchten Datenbeständen der amtlichen Statistik an. So wurden Arbeitsplätze für Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler eingerichtet und eine kontrollierte Datenfernverarbeitung ermöglicht. Als Datensätze werden Scientific-Use-Files, Public-Use-Files und CAMPUS-Files bereitgestellt. Die Zugangswege unterscheiden sich sowohl hinsichtlich der Anonymität der nutzbaren Daten als auch in der Art der Datenbereitstellung.

Die FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben nahezu vollständig das Informationspotential der Mikrodaten der amtlichen Statistik für die Wissenschaft erschlossen. Das gemeinsame Datenangebot umfasst mittlerweile über 100 Statistiken. Damit ist eine leistungsfähige Infrastruktur im natio-

nen Umfeld gegeben, die auch gut von der empirisch arbeitenden Wissenschaft angenommen wird. Rund 1 500 Forschungsprojekte wurden in den letzten Jahren von den FDZ betreut. Bedingt durch die kontinuierliche Veränderung der Nachfrage der Wissenschaft entwickeln die FDZ ihre Angebote weiter und verbessern den Zugang zu sensiblen Mikrodaten über moderne Zugangsformen. Methodisch werden die Voraussetzungen geschaffen, auch komplexen Datenwünschen über die Verbindung von Einzelmaterialien zu Datenfiles mit verbessertem Analysepotential gerecht zu werden.

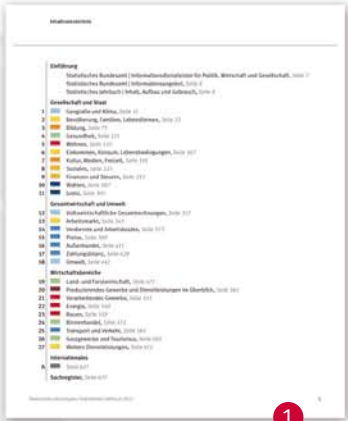
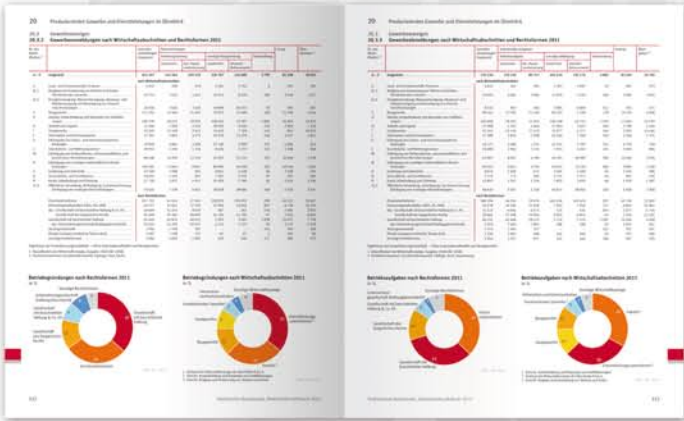
Rückblick und Ausblick – zehn Jahre FDZ

Im Juli 2012 richteten die Forschungsdatenzentren eine Konferenz anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens aus. Die Veranstaltung mit 180 Gästen fand in der Hessischen Landesvertretung in Berlin statt, die Eckhart Hohmann moderierte. Prof. Gerd G. Wagner referierte über die Bedeutung der Forschungsdatenzentren für Statistische Ämter und Wissenschaft, Prof. Thomas Bauer stellte die Nutzung von FDZ-Daten für das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsforschungsinstitut vor. Entwicklungen für einen geregelten Mikrodatenzugang auf europäischer Ebene zeigten Rainer Muthmann und Aleksandra Bujnowska von Eurostat auf. Neben den Vorträgen hatten Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen die Gelegenheit, in Form einer Postersession ihre Forschungsarbeiten zu präsentieren. Zwei Parallelsessions fanden am zweiten Konferenztag statt: Die Session Arbeitsmarkt, Sozialstatistik, Firmendaten und die Offene Session boten den wissenschaftlichen Nutzerinnen und Nutzern amtlicher Mikrodaten die Möglichkeit, Forschungsprojekte und -ergebnisse vorzustellen und zu diskutieren. Die Abstracts können unter www.forschungsdatenzentrum.de abgerufen werden.



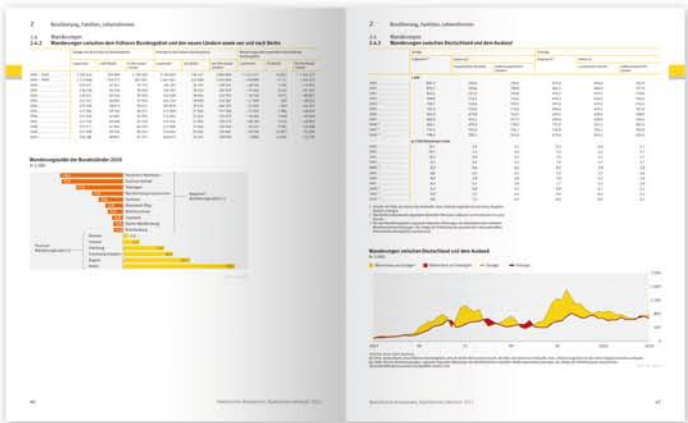
So tickt Deutschland

Schwarz, Rot, Gold – wer Daten zu Deutschland sucht, kommt am Statistischen Jahrbuch nicht vorbei. Seit 60 Jahren zeigt es, wie Menschen in Deutschland leben und wirtschaften. Daran wird sich auch künftig nichts ändern. Das Jahrbuch erschien 2012 mit überarbeitetem Inhalt und in neuem Layout.



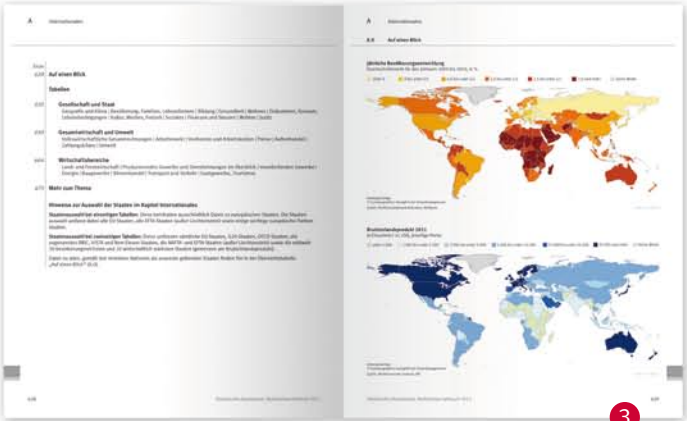
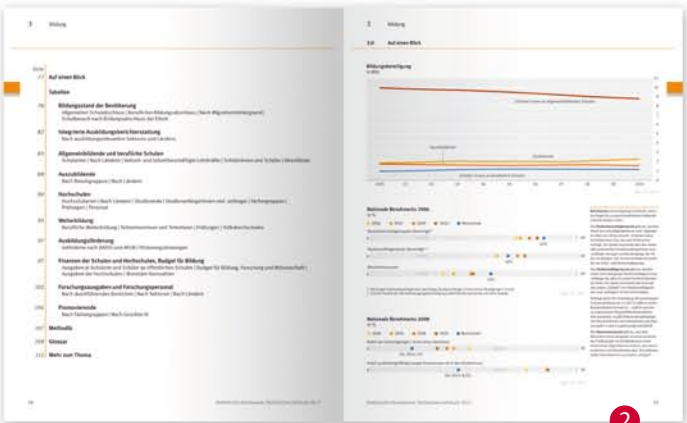
Für Datensucher ist das Statistische Jahrbuch ein Datenschatz. Neu aufgestellt im Zeitalter der schnellen Datensuche behaupten sich sowohl die Printversion als auch die kostenfreie Onlineausgabe. Themen zu Gesundheit, Soziales und Energie oder zu den Lebensbereichen Wohnen und Konsum wurden umfangreich überarbeitet und an die Bedürfnisse der Leserinnen und Leser angepasst ①.

81,8 Millionen Menschen lebten Ende 2010 in Deutschland, die Hälfte davon in städtischem Gebiet | Drei Viertel der Bevölkerung rauchen nicht | Urlaubsreisen waren 2010 für ein Viertel der Haushalte unerschwinglich | Die Rentenversicherung machte knapp ein Drittel aller Sozialleistungsausgaben aus | Verbraucherpreise stiegen 2011 mit durchschnittlich 2,3 % so stark wie seit 2008 nicht mehr | Mehr als zwei Drittel des Abfallaufkommens werden recycelt



So lauten ausgewählte Schlagzeilen, die am Anfang der Kapitel in die Themen einführen. Sie geben einen Überblick, welche Informationen in den Grafiken und Tabellen zu finden sind ②. Die Tabellen sind kleiner, übersichtlicher und verständlicher geworden. Bewährte Zeitreihen sind leichter lesbar und Veränderungsraten erleichtern direkte Vergleiche von Informationen ③.

Für alle, die neben den Tabellen „Mehr zum Thema“ erfahren möchten, listet die gleichnamige Rubrik am Ende eines Kapitels weiterführende Publikationen auf. Datenbankinteressierte finden in der Online-Version des Jahrbuchs Links zu den entsprechenden Themenblöcken in der Datenbank Genesis-Online.





Stresstest bestanden

Während einer Finanzkrise ist die amtliche Statistik besonders gefordert, die wirtschaftliche Situation aktuell und zuverlässig zu messen. Ein Rückblick auf den Einbruch der Realwirtschaft 2009 zeigt: Die deutsche Wirtschaft und die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen haben den Belastungstest gleichermaßen bestanden.

In einer Finanzkrise stehen alle Akteure der Wirtschaft vor immensen Herausforderungen. Von ihrer Reaktion hängt es ab, ob und wie schnell die Krise überwunden werden kann. Rückblickend konnte Ende 2012 eine weitgehende Erholung vom Einbruch der Realwirtschaft 2009 festgestellt werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt, die zentrale Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zur Messung der wirtschaftlichen Leistung, lag 2011 und 2012 schon deutlich über dem Niveau des Vorkrisenjahres 2008.

Vom Einbruch zur Erholung

Mit einer Verminderung der Leistung um insgesamt 5,1 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnete die deutsche Wirtschaft 2009 ihren stärksten Einbruch seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1950. Schon in den beiden Folgejahren konnte dieser Verlust jedoch wieder ausgeglichen werden.

Am heftigsten traf die Krise das stark exportorientierte Verarbeitende Gewerbe. Dessen preisbereinigte Bruttowertschöpfung lag 2009 um 22,1 % unter dem Vorjahreswert. Auch Unternehmensdienstleister, die hauptsächlich dem Verarbeitenden Gewerbe zuarbeiten, traf es schwer. Ihre Bruttowertschöpfung sank 2009 gegenüber 2008 um 12,3 % und damit wesentlich stärker als es dem Durchschnitt der Wirtschaft entsprach. Während allerdings im Verarbeitenden Gewerbe in den Folgejahren ein ebenso rasanter Aufholprozess stattfand, ist dieser bei den Unternehmensdienstleistern noch nicht abgeschlossen. Trotz Wachstums konnte das Vorkrisenniveau von 2008 noch nicht wieder erreicht werden. Einem ähnlichen – wenn auch etwas weniger dramatischen – Muster wie im Verarbeitenden Gewerbe folgte die Entwicklung im Baugewerbe. Nach einem Einbruch von –6,5 % im Jahr 2009 ging es in den Folgejahren wieder aufwärts. Bei allen übrigen Wirtschaftsbe-

reichen, die vornehmlich binnenwirtschaftlich orientiert sind, hielten sich die Auswirkungen der Finanzkrise in engen Grenzen.

Betrachtet man die letzte Verwendung der produzierten bzw. importierten Güter, so fällt der dramatische Einbruch der Bruttoinvestitionen und der Exporte im Krisenjahr 2009 ins Auge. Allein die Bruttoanlageinvestitionen lagen um 11,6 % unter ihrem Vorjahreswert. Trotz ansehnlicher Zuwachsraten der Bruttoinvestitionen 2010 um 9,8 % und 2011 um 7,2 % konnte das Vorkrisenniveau wegen eines neuerlichen Absackens im Jahre 2012 um 5,4 % noch nicht wieder erreicht werden. Die Exporte sanken im Krisenjahr im Vorjahresvergleich um 12,8 %. Gleichzeitig sanken die Importe etwas weniger, und zwar um 8,0 %. Dies hatte zur Folge, dass der Außenbeitrag – also der Saldo aus Exporten und Importen – wesentlich zum Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 5,1 % gegenüber dem Vorjahr beitrug. Exporte und Importe stiegen in den Folgejahren jedoch kräftig, so dass das Vorkrisenniveau im Jahr 2012 deutlich übertroffen wurde. Die Außenwirtschaft trug so maßgeblich zur wirtschaftlichen Erholung bei.

Das Volkseinkommen sank mit 4,1 % im Jahr 2009 in ähnlichem Maße wie das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen, das heißt vor Preisbereinigung, mit 4,0 %. Während die Arbeitnehmerentgelte mit +0,3 % gegenüber dem Vorjahr nahezu stagnierten, brachen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen drastisch ein. Sie lagen um 12,4 % unter dem Niveau des Jahres 2008. Dadurch schloss sich die Schere zwischen den beiden Komponenten des Volkseinkommens im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise etwas, bevor sie sich 2010 wieder vergrößerte.

Insgesamt glimpflich kam der Arbeitsmarkt davon, der sich als äußerst robust erwies. Selbst im Krisenjahr 2009 nahm die Zahl der

Wolfgang Eichmann aus dem Expertenteam der VGR

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch zu, wenn auch nur um 0,1 %. Hingegen sank die von den Arbeitnehmern geleistete Zahl der Arbeitsstunden deutlich um 3,2 %. Diese Entwicklung zeigt, dass die deutsche Wirtschaft nicht in erster Linie mit Freisetzen von Personal auf die Wirtschaftskrise reagiert hat. Häufig wurde stattdessen die Arbeitszeit reduziert, insbesondere durch Kurzarbeit. In den Folgejahren 2010 bis 2012 stiegen dann, neben der Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch die von ihnen geleisteten Arbeitsstunden im Zuge der realwirtschaftlichen Erholung wieder kräftig an. Die Zahl aller Erwerbstätigen erreichte in 2012 mit 41,6 Millionen Personen bereits zum sechsten Mal in Folge einen Höchststand.

Die ergriffenen Bankenrettungsmaßnahmen und Stützungsprogramme für die Konjunktur, beispielsweise die Abwrackprämie, hatten auch ihren Preis. Wurde das Defizitkriterium des Maastricht-Vertrags vor der Krise 2006, 2007 und 2008 ohne Probleme eingehalten, so mussten für 2009 (3,1 %) und 2010 (4,1 %) Verletzungen dieser Verpflichtung in Kauf genommen werden. Eine Rückkehr zur Vertragskonformität wurde dann im Jahr 2011 wieder erreicht.

Nur geringer Revisionsbedarf

War die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in der Lage, in diesem problematischen Umfeld aktuelle und zuverlässige Daten zu produzieren? Der Revisionsbedarf der ursprünglich berechneten Daten liefert einen Hinweis darauf: Vorläufige Berechnungen, die in Ausnahmesituationen besonders schwierig sind, wurden im Zeitablauf weitgehend durch besser abgesicherte Daten ersetzt.

Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt:
Veränderung gegenüber dem Vorjahr

	Erste Schätzung	Stand: Februar 2013
2008	+1,3 %	+1,1 %
2009	-5,0 %	-5,1 %
2010	+3,6 %	+4,2 %
2011	+3,0 %	+3,0 %
2012	+0,7 %	+0,7 %

Das Statistische Bundesamt stellte in dieser schwierigen Lage gesamtwirtschaftliche Daten für drängende politische Entscheidungsprozesse schnell zur Verfügung. Der spätere Revisionsbedarf der ersten Schätzungen bewegte sich angesichts der schwierigen Bedingungen in einem akzeptablen Rahmen. So kann rückblickend festgehalten werden: Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen haben den Stresstest bestanden.

Finanzkrise im Expertenblick

Thematisiert wurde die Finanzkrise 2012 im Rahmen des wissenschaftlichen Kolloquiums, dass das Statistische Bundesamt seit über 20 Jahren jährlich im November gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft veranstaltet.

Unter dem Titel „Statistik im Lichte der Europäischen Banken- und Schuldenkrise“ diskutierten über 200 Expertinnen und Experten und Interessierte die Ergebnisse und den Beitrag der amtlichen Statistik zu diesem wichtigen Thema.

Das von Professor Ullrich Heilemann von der Universität Leipzig moderierte Kolloquium beleuchtete Inhalte und Hintergründe der wissenschaftlichen und amtlichen Berichterstattung über die Europäische Banken- und Schuldenkrise. Auswirkungen auf die Finanz- und Wirtschaftsstatistiken und mögliche Frühwarnsysteme und Verbesserungsmöglichkeiten in der Berichterstattung wurden mit dem Fachpublikum diskutiert. Experten und Expertinnen der Bundesbank, der Europäischen Zentralbank, der Wirtschaftsforschungsinstitute, des Bundesministeriums der Finanzen, der europäischen Statistikbehörde EUROSTAT, des Statistischen Bundesamtes und des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung konnten als Vortragende gewonnen werden. Die Resonanz auf die Veranstaltung war äußerst positiv.

Alle Beiträge der Tagung können unter www.destatis.de abgerufen werden. Im November 2013 veranstaltet das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft ein wissenschaftliches Kolloquium zum Thema Armutsmessung, das Prof. Ralf Münnich von der Universität Trier moderieren wird.

Exporte
Bruttoinlandsprodukt
Defizitkriterium

Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt
Kettenindex 2005=100



Wissenschaftliches Kolloquium 2012, Moderation: Prof. Ullrich Heilemann.
Vortragende: Wolfgang Eichmann, Dr. Tobias Knedlik, Dr. Manuel Rupprecht,
Prof. Roland Döhm, Albert Braakmann, Michael Böhl, Dr. Alexandre Makaronidis,
Werner Bier, Dr. Bernd Hanke und Prof. Claudia M. Buch.



Im Interview: Dr. Jens Weidmann

Präsident der Deutschen Bundesbank

Herr Dr. Weidmann, die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise haben die Menschen und die Politik in den letzten Jahren sehr beschäftigt. Damit rückte die Statistik mehr denn je in den Fokus. Hat sie ihre Rolle erfüllt und welche Daten waren besonders wichtig?

Die Krise hat deutlich vor Augen geführt, welch große analytische und politische Bedeutung verlässliche Statistiken haben, insbesondere für den Staatssektor und das Finanzsystem. Das gilt gerade auch für die Notenbanken. Mein Amtsvorgänger hat es einmal zutreffend formuliert: „Ohne Statistik wäre die Geldpolitik blind“.

Die Krise hat bestehende Ungleichgewichte und Heterogenitäten im Euro-Raum schonungslos aufgedeckt. Im Bereich der Statistik führt dieser Sachverhalt zu einer „Renaissance“ der Relevanz nationaler Daten. Dabei beschränkt sich das Interesse nicht auf die makroökonomischen Rechenwerke, zu denen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die Finanzierungsrechnung und die Zahlungsbilanzstatistik zählen. Immer wichtiger werden auch Daten, die uns detailliert die finanziellen Verflechtungen einzelner Unternehmen untereinander deutlich machen. In diesem Zusammenhang leisten die statistischen Ämter Europas durch den Aufbau des Euro Group Register einen wichtigen Beitrag.

Statistische Informationslücken sind sicherlich nicht für die Finanz- und Schuldenkrise verantwortlich zu machen. Gleichwohl sei daran erinnert, dass die griechischen Staatsdefizite über Jahre hinweg zu niedrig

ausgewiesen worden waren und die kräftige Aufwärtsrevision im Jahre 2009 der Funke war, der die Staatsschuldenkrise entzündete. Und Statistik kann dazu beitragen, künftige Gefahrenpotenziale frühzeitiger und verlässlicher zu erkennen und erste Folgenabschätzungen zu ermöglichen. In dieser Funktion bildet sie auch ein unverzichtbares Fundament für die makroprudenzielle Aufsicht in Deutschland und Europa sowie die Sicherung der Stabilität des nationalen und internationalen Finanzsystems.

Den Daten zur Staatsverschuldung, die in enger Kooperation zwischen Bundesbank und Bundesamt ermittelt werden, kommt große Bedeutung zu. Wie beurteilen Sie diese Zusammenarbeit? Sind vor dem Hintergrund der EU-Anforderungen – Stichwort Six Pack – weitere Maßnahmen notwendig?

Destatis und Bundesbank arbeiten hier eng und sehr gut zusammen. In den vergangenen Jahren wurden die Anforderungen an die Statistik der Staatsfinanzen auf der europäischen Ebene in der Tat stark erhöht, und es sind sogar Sanktionen bei „Nichterfüllung“ vorgesehen. Das halte ich für richtig, und hierfür hat sich zu Recht auch die Bundesregierung eingesetzt. Deutschland sollte die damit einhergehenden Anforderungen daher erfüllen. Hierbei kommt es natürlich entscheidend darauf an, dass die Informati-

onen aus dem staatlichen Rechnungswesen geliefert werden und die Integrität der Datenerhebungs- und Verarbeitungssysteme gesichert ist. Die große Vielfalt der Rechnungslegungssysteme, die es im staatlichen Bereich gibt, darf dem nicht entgegenstehen, und letztlich sehe ich Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen in der Verantwortung, die Datenerhebung zu ermöglichen. Und es bestehen durchaus noch Datenlücken. So erfüllt Deutschland derzeit beispielsweise nicht die Vorgabe, Daten über staatliche Handelskredite zu liefern. Das Statistische Bundesamt und die Bundesbank haben gemeinsam Vorschläge für ein integriertes Datenerhebungssystem erarbeitet, das stärker an den europäischen Vorgaben ausgerichtet ist. Dies ist ein erster Schritt, aber es gibt hier noch einiges zu tun.

Sehen Sie weitere Informationslücken, die von der amtlichen Statistik in Zukunft geschlossen werden sollten?

Mit den veränderten Strukturen und Bedingungen an den internationalen Finanzmärkten gehen neue und oftmals höhere Anforderungen an international vergleichbare Statistiken einher. Vor diesem Hintergrund haben die G 20 im September 2009 in Pittsburgh einen 20 Punkte umfassenden Empfehlungskatalog ausgearbeitet. Dabei

„Die Krise hat bestehende Ungleichgewichte und Heterogenitäten im Euro-Raum schonungslos aufgedeckt. Im Bereich der Statistik führt dieser Sachverhalt zu einer »Renaissance« der Relevanz nationaler Daten.“



„Aus unserer Sicht ist in der Vergangenheit der Frühzeitigkeit der Veröffentlichung teilweise zu großes Gewicht gegenüber dem Informationsgehalt eingeräumt worden.“

wird auch der hohe Stellenwert verlässlicher Statistiken für Wohn- und Gewerbeimmobilienpreise unterstrichen. Während auf dem Gebiet der Wohnimmobilienpreise große Fortschritte der amtlichen Statistik zu verzeichnen sind, gibt es bei den Gewerbeimmobilienpreisen noch viel zu tun. Hier würde ich mir wünschen, dass die schwierigen konzeptionellen Fragen sowie die statistische Erhebung und Aufbereitung national und international einen festen Platz auf der Agenda erhielten.

Und sehen Sie eine Notwendigkeit zu einer stärkeren Europäisierung der Statistik, sollten EU-Kommission und Europäische Zentralbank noch mehr den Kurs bestimmen?

Im Rahmen der Diskussionen im EZB-Rat – aber nicht nur dort – wird immer wieder deutlich, wie wichtig Statistiken sind, die sich europa-, wenn nicht gar weltweit vergleichen lassen. Sie sind und bleiben eine notwendige Bedingung für alle empirisch fundierten Diskussionen und Entscheidungsprozesse. Wenn es darum geht, die statistische Harmonisierung weiter zu fördern, übernehmen EU-Kommission und EZB natürlich wichtige Rollen. Da diese Institutionen aber selbst aus guten Gründen keine statistischen Daten erheben, sind sie auf die Expertise der nationalen Datenproduzenten sowie deren methodische und praktische Erfahrung angewiesen. Dabei sollten die betroffenen Institutionen, die ja auch die Kosten tragen, in gebührender Weise so früh und umfassend wie möglich in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Andernfalls entstehen leicht kostspielige Mehrfacharbeiten oder nicht ausgereifte oder überdehnte Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme. Um solche Schwierigkei-

ten zu vermeiden, kommt den europaweit koordinierenden Statistikgremien, wie dem Ausschuss für Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken, und dem sorgfältigen Gebrauch delegierter Rechtsakte eine große Bedeutung zu.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Statistik nicht vor politischer Einflussnahme gefeit ist. Welche Bedeutung hat aus Ihrer Sicht eine unabhängige Statistik?

Unabhängigkeit ist aus meiner Sicht ein entscheidendes Element für die Produktion verlässlicher statistischer Ergebnisse und Voraussetzung dafür, dass die Statistik ihren jeweiligen Zweck erfüllen kann. Die Ergebnisse sind nicht zuletzt für die Entscheidungen zentral, die im Rahmen der Geldpolitik, der europäischen Überwachungsverfahren zu den Staatsfinanzen und neuerdings auch zu gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten gefällt werden. Sie sind damit besonders politikrelevant. Was würde es beispielsweise nützen, europäische oder nationale Haushaltsregeln zu verschärfen, wenn gleichzeitig die Statistik als Ventil genutzt werden kann, den politisch gewollten Druck wieder herauszunehmen? Dies dürfte kaum das Vertrauen in die Regeln und die Politik stärken. Dennoch hat die Erfahrung gezeigt, dass bei politikrelevanten Statistiken Anreize bestehen, vorhandene Gestaltungsspielräume zu nutzen. Daher ist es entscheidend, dass die Statistik methodische oder fallspezifische Entscheidungen frei von politischer Einflussnahme trifft, um die ökonomische Realität sachgerecht abzubilden. Wo in diesen sensiblen Bereichen der erforderliche Dateninput nicht aus bestehenden Rechnungssystemen abgelei-

tet werden kann, bleibt das Risiko, dass die Statistik – bei aller fachlichen Unabhängigkeit – von der Qualität der zugelieferten Primärdaten abhängig ist. Aus diesem Grund ist es nur folgerichtig, dass die Kontrollen von Eurostat nun verstärkt auch auf den sogenannten Upstream-Datenbereich ausgeweitet werden und die Bedeutung der nationalen Rechnungsprüfung betont wird.

Aktuell werden wieder zunehmend Fragen der Verteilung von Einkommen und privatem Vermögen diskutiert. Welchen Stellenwert haben diese Themen aus Sicht der Bundesbank?

Die Bundesbank hat ein großes Interesse an der finanziellen Situation privater Haushalte, denn die Wirkungsweise der Geldpolitik und die Stabilität der Finanzmärkte hängen wesentlich auch von der Verteilung von Vermögen und Schulden ab. Wäre beispielsweise ein großer Teil der Marktteilnehmer kreditbeschränkt, dann könnten Zinssenkungen im schlimmsten Fall wirkungslos verpuffen. Und erinnern wir uns: Die Finanzkrise hatte ihren Ausgangspunkt bei der Verschuldung amerikanischer Hauseigentümer. Für uns sind in der Regel die Verteilungen relevanter als die Durchschnitte. Es ist daher wichtig, für die gesamte Eurozone über disaggregierte und harmonisierte Daten zu verfügen, die wir an den spezifischen Fragestellungen von Zentralbanken ausrichten können. Deshalb hat der EZB-Rat eine neue Haushaltsumfrage im gesamten Euro-Raum veranlasst, die in Deutschland die wichtigen Informationen aus dem Mikrozensus, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sowie den laufenden Wirtschaftsrechnungen ergänzt. Die Ergebnisse der Studie „Die wirtschaftliche Lage privater Haushalte“ zur Verteilung von

Vermögen und Schulden hat die Deutsche Bundesbank am 21. März dieses Jahres veröffentlicht.

Das Bruttoinlandsprodukt ist nach wie vor der zentrale Wirtschaftsindikator. Vor dem Hintergrund der Wohlfahrtsmessung ist das BIP allerdings in die Kritik gekommen. Was ist Ihre Vision einer Berichterstattung zur Wohlfahrtsmessung im Spannungsfeld zwischen Ökonomie, Lebensqualität und Ökologie?

Kein Zweifel: Kritik am Bruttoinlandsprodukt und an dem dahinter stehenden System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat seit dem Stiglitz-Bericht Hochkonjunktur. Bei aller Kritikwürdigkeit ist es mir aber wichtig zunächst einmal zu betonen, dass dieses zentrale und vielschichtige statistische Informationssystem im politischen Alltagsgeschäft sowie in der medialen Berichterstattung oft unter Wert gehandelt wird. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind eine statistische Erfolgsgeschichte. Sie bilden ein anpassungsfähiges System, mit dem auch der wachsende und wechselnde Informationsbedarf von Wirtschaft, Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in einem konsistenten und methodisch begründeten sowie transparenten Rahmen Rechnung getragen werden kann.

Freilich gibt es auch wichtige Anknüpfungspunkte für eine Verbreiterung und Vertiefung der bisherigen Berichterstattung. So könnten in einem erweiterten Vermögenskonzept sowohl das Humankapital systematisch erfasst, als auch die natürlichen, insbesondere die erschöpfbaren Ressourcen integriert werden. Vor allem wäre das Blickfeld zu erweitern. Ich denke hier an die wichtigen Themen der „Generationenbilanzierung“ und der dauerhaften Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Sie erlauben es, Verteilungsfragen zwischen unterschiedlichen Generationen und das auch für Notenbanken zentrale Thema der finanzpolitischen Nachhaltigkeit besser zu erfassen und zu verstehen.

Die Deutsche Bundesbank ist einer der bedeutendsten Nutzer unserer Statistiken. Wo können wir Ihrer Meinung nach besser werden?

Die deutsche Statistik ist seit Jahrzehnten ein Garant verlässlicher Daten. Diese Tradition

verpflichtet meines Erachtens besonders, wenn der Zeitgeist nach immer schneller zur Verfügung stehenden Angaben verlangt, ohne die damit verbundenen Qualitätseinschränkungen zu thematisieren. Diese Einschränkungen entstehen durch notgedrungen hohe Schätzanteile und Annahmensetzung. Selbst in der amtlichen Statistik kommen mittlerweile sogenannte „experimentelle“ Daten in Mode, die auch bereits veröffentlicht werden. Dabei besteht die Gefahr, dass das bisherige Gütesiegel amtlicher Informationen verwässert und in Mitleidenschaft gezogen wird. Wirtschaftspolitische Analysen, Prognosen und Entscheidungen erfordern aber ein solides Datenfundament, das die wirtschaftlichen Realitäten gut abbildet.

Besonders hohe Anforderungen gelten meines Erachtens für die zentralen Indikatoren der Preis- und Konjunkturstatistik. Bereits die erste Meldung muss angesichts der Beachtung, die ihr eingeräumt wird, ein verlässliches Signal geben. Hier gilt es vor allem im Bereich des Einzelhandels die seit geraumer Zeit nicht immer zufriedenstellende Zuverlässigkeit der ersten Meldung zu erhöhen. Denn der Einzelhandelsumsatz ist der wichtigste kurzfristige Indikator für die Einschätzung der Konsumausgaben der privaten Haushalte, die wiederum die größte Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts darstellen.

Deshalb stellt sich für die amtliche Statistik die stete Aufgabe, gemeinsam mit den Meldepflichtigen an einer möglichst vollständigen Datenbasis am aktuellen Zeitreihenende zu arbeiten, um den Revisionsbedarf von vornherein gering zu halten. Dabei ist freilich in Rechnung zu stellen, dass aus den EU-weit vorgegebenen, teilweise sehr anspruchsvollen Meldeterminen besondere Herausforderungen resultieren. Aus unserer Sicht ist in der Vergangenheit der Frühzeitigkeit der Veröffentlichung teilweise zu großes Gewicht gegenüber dem Informationsgehalt eingeräumt worden.

Die Politik ist schließlich davon zu überzeugen, dass qualitativ gute Statistiken Fehlschätzungen und Irrtümer zu vermeiden helfen, dass es die aber nicht zum Nulltarif gibt.



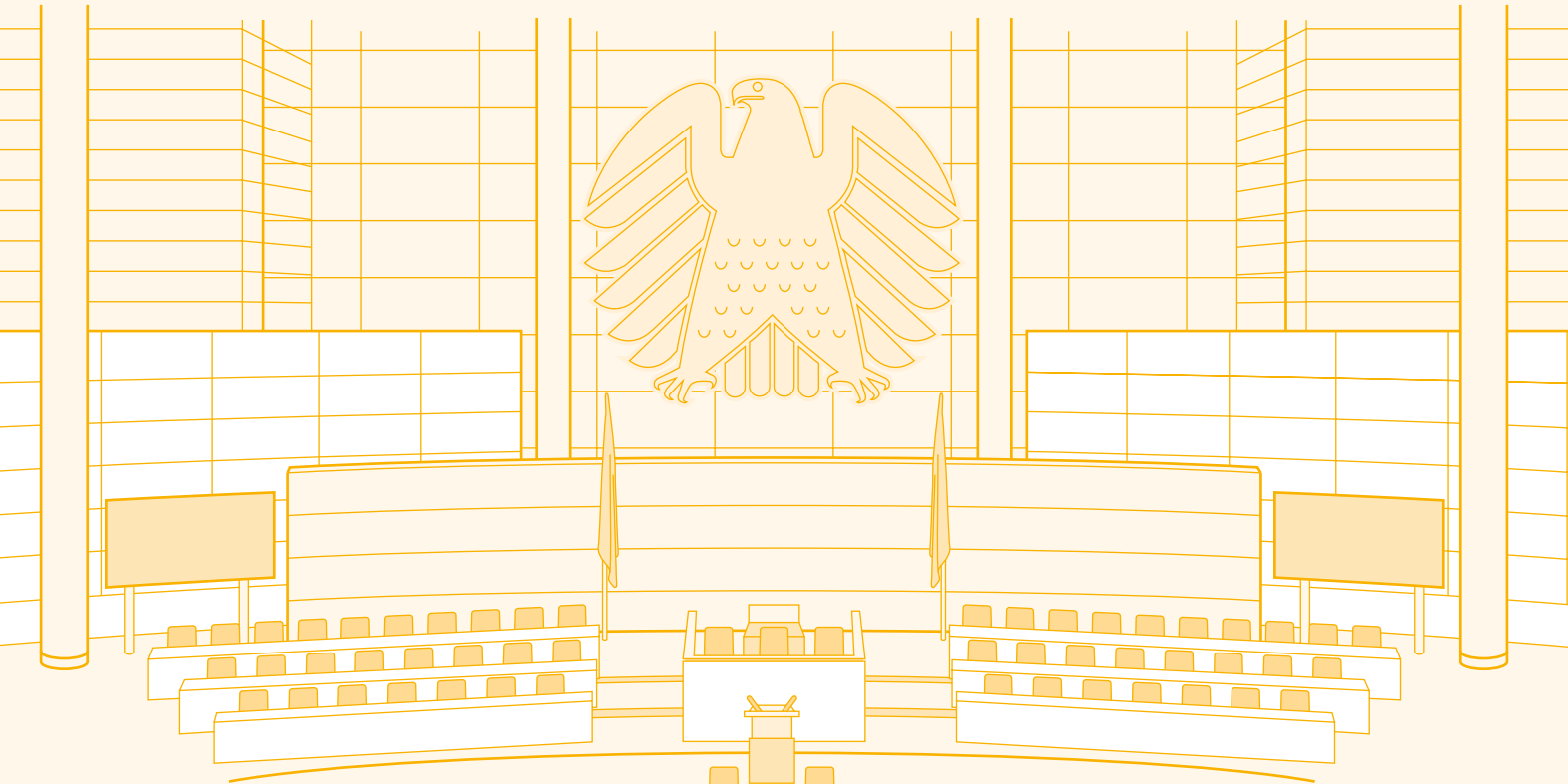
Dr. Jens Weidmann ist seit 2011 Präsident der Deutschen Bundesbank in Frankfurt am Main und Vorstandsmitglied der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel. Er ist promovierter Volkswirt und arbeitete beim Internationalen Währungsfond, war Generalsekretär des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Finanzpolitik im Bundeskanzleramt.

Die Deutsche Bundesbank ist die Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland und Teil des Europäischen Systems der Zentralbanken.

Das Interview wurde schriftlich geführt.

Politikberatung

Die Daten des Statistischen Bundesamtes sind unerlässlich für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse. Unsere Beispiele zeigen, wo und wie Daten und Analysen im Politikbetrieb genutzt werden.



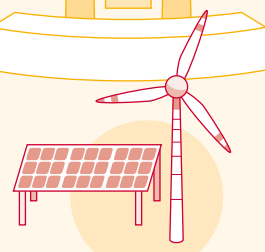
1



Niedriglohn: Ohne Hard Facts geht es nicht

Politische Akteure ringen beim Thema Niedriglohn um die Frage, was eine gerechte Entlohnung ist. Die amtliche Verdienststrukturerhebung offenbart alle vier Jahre Verdienste und Unterschiede auf dem Gehaltszettel. 2012 wurden die neusten Daten vorgestellt.

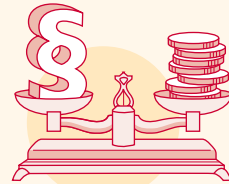
2



Green Economy: Umweltschutz als Wirtschaftskraft

Umweltfreundliche Technologien „made in Germany“ machen sich weltweit einen Namen. Mit den umweltökonomischen Erhebungen des Statistischen Bundesamtes können Effekte von Umweltschutzmaßnahmen und -investitionen auf Unternehmen und Wirtschaft beziffert werden.

3



Gesetzesfolgenabschätzung: Wie Steuermodelle helfen

Bevor Steuerabgaben gesetzlich geändert werden, müssen die möglichen Folgen für Steuerzahler, Bevölkerung, Länder oder Kommunen auf den Prüfstand. Zentral sind dabei Berechnungen und Modelle, die mit Hilfe der Steuerstatistiken des Statistischen Bundesamtes durchgeführt werden.



1

Thema Niedriglohn: Ohne Hard Facts geht es nicht

Es gibt gegenwärtig einen intensiven politischen Diskurs über Fragen des Ausmaßes und der Folgen niedriger Verdienste und wie sie bekämpft werden können. Die Parteien, die die Bundesregierung tragen, kündigten in ihrem Koalitionsvertrag an, Lohndumping zu verhindern. Einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn lehnen sie jedoch ab. Alle Oppositionsparteien sprechen sich dagegen für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns aus.

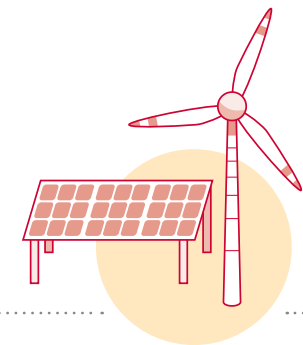
Die statistischen Ämter unterstützen die politischen Akteure durch die aktive Schaffung und Auswertung verlässlicher Datenquellen. Besonders wertvoll ist beim Thema Niedriglohn die amtliche Verdienststrukturerhebung. Alle vier Jahre werden dazu von ca. 1,9 Millionen Beschäftigten detaillierte Angaben über die Bruttoverdienste, das Beschäftigungsverhältnis und persönliche Merkmale wie Alter, Geschlecht und Ausbildung gesammelt, ausgewertet und veröffentlicht. Für das jüngste Berichtsjahr 2010 verbesserten die statistischen Ämter gezielt den Informationsgehalt der Erhebung für die Politik.

So wurde in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Erfassung der Tarifbindung trennschärfer gestaltet sowie ein neues Merkmal über Branchenmindestlöhne erfragt. Auch der Schwerpunkt der Erstveröffentlichung wurde vom Statistischen Bundesamt entsprechend gesetzt und dem Thema Niedriglohn gewidmet. Die wichtigsten Ergebnisse der Pressekonferenz: Im Jahr 2010 arbeiteten rund 21 % der Beschäftigten für einen Niedriglohn, Tendenz im letzten Jahrzehnt: steigend. Die Niedriglohnschwelle lag bei einem Bruttostundenlohn von 10,36 Euro. Besonders häufig sind niedrige Verdienste in folgenden Branchen: Taxidienste, Friseur- und Kosmetiksalons, Reinigungsgewerbe sowie Restaurants, Cafés und Gaststätten. Geringfügig Beschäftigte mit 84 %, Personen ohne Berufsausbildung mit 53 % und Beschäftigte bei nicht tarifgebundenen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern mit 31 % hatten eher einen

Niedriglohn. Einige der Ergebnisse wurden von der Bundesregierung für den Armuts- und Reichtumsbericht 2012 verwendet.

Weiterhin wurde die Verdienststrukturerhebung zu einer Datenquelle über die rentenpolitisch wichtige betriebliche Altersvorsorge ausgebaut. Erstmals wurden Informationen über die Entgeltumwandlung gesammelt, also ob und wie viel die Beschäftigten aus eigener Tasche in betriebliche Altersvorsorge investierten. Eine Vermutung im Kontext von Niedriglohn wurde so empirisch erhärtet: Nur 6 % der Beschäftigten mit Niedriglohn betrieben Entgeltumwandlung – deutlich seltener als Beschäftigte mit mittlerem 22 % oder mit hohem Verdienst 36 %.

Mehrere Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung gingen in den Alterssicherungsbericht 2012 der Bundesregierung ein. Über allgemeine Veröffentlichungen hinaus wertet das Statistische Bundesamt zudem die Daten der Verdienststrukturerhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales bei kurzfristigem Datenbedarf aus. Das geschieht meist aus aktuellem Anlass, etwa bei Vorhaben zur Festsetzung von Lohnuntergrenzen für bestimmte Branchen, oder bei Kleinen und Großen Anfragen der Fraktionen an die Regierung zum Thema Niedriglohn.



2

Green Economy: Umweltschutz als Wirtschaftskraft

Mit einer Willensbekundung zu mehr Umweltschutz und Armutsbekämpfung endete im Juni 2012 in Rio de Janeiro der UN-Gipfel zu nachhaltiger Entwicklung. Auch wenn nicht alle Ziele erreicht worden seien, so haben sich doch alle 191 Staaten der Erde auf das Konzept des „grünen Wirtschaftens“ geeinigt, bilanzierte der Bundesumweltminister den Gipfel.

Trotz allem schwebte die Wachstumsfrage wie ein Damoklesschwert über den politischen Verhandlungen: Kann es gelingen, mit einem grünen Wachstum, einem „Green Growth“, die Ökologie mit der Ökonomie zu versöhnen? Das wichtigste Argument, mit dem Wirtschaftswachstum ökologieverträglich gestaltet werden soll, lautet Entkopplung. Dahinter steht der Gedanke, dass durch gezielte Investitionen in umwelteffiziente und ressourcenschonende Technologien Entwicklungen angestoßen werden können, die gleichermaßen zur Vermeidung von Umweltschäden, zur Schonung nicht erneuerbarer Ressourcen und zum Wirtschaftswachstum beitragen.

In einer rund 50 Seiten starken Erklärung unter dem Titel „Die Zukunft, die wir wollen“ bekennt sich die Staatengemeinschaft erstmals zum Konzept der „Green Economy“.

Auf internationaler Ebene interessiert aktuell vor allem die Frage, wie sich „Grünes Wachstum“ messen lässt. Die OECD hat es sich auf ihre Fahne geschrieben, in den kommenden Jahren Methoden auszuarbeiten, die das „Green Growth“ auch auf internationaler Ebene harmonisiert beschreiben können.

Die amtliche Statistik in Deutschland führt bereits seit Mitte der 1990er Jahre Erhebungen durch, die die direkten Effekte von Umweltschutzmaßnahmen auf Unternehmensebene auf die Wirtschaft sichtbar machen. Ermittelt werden durch die umweltökonomischen Erhebungen die Investitionen in ressourceneffiziente und umweltverträgliche Technologien und die daraus folgenden Aufwendungen bei Unternehmen im Produzierenden Gewerbe.

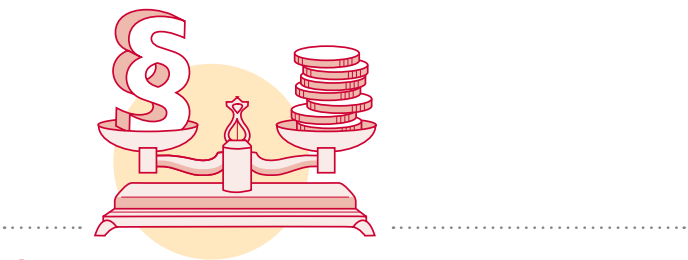
Unternehmen investierten 2010 mehr als 9 % ihrer Gesamtinvestitionen in den Kauf umweltfreundlicher Technologien und Anlagen. Für den Betrieb einer solchen Umweltschutztechnologie oder -anlage entstanden den Unternehmen im gleichen Zeitraum Kosten von rund 18 Milliarden Euro. Darunter fallen beispielsweise Aufwendungen für Betriebsmittel, Energie, Personal und Wartungen der Anlagen. Zudem entstehen den Unternehmen Kosten durch die regelmäßige Inanspruchnahme von Dienstleistungen kommunaler und privater Anbieter zur Sammlung, Entsorgung oder Messung von Emissionen wie Abfall, Abwasser oder Rauchgasen.

Längst haben alle erkannt, dass der Umweltschutz in Deutschland nicht nur als Kostenfaktor zu verstehen ist, sondern die Investition in Umwelt- und Effizienztechnologien in Anbetracht steigender Rohstoffpreise auch einen Wettbewerbsfaktor darstellt. Daraus abgeleitet haben sich neue Märkte für die deutsche Umwelttechnologie geöffnet: Die wachsende Nachfrage nach Umwelt-

schutzgütern und -dienstleistungen beeinflusst seit Jahren die Produktionsstrukturen der deutschen Wirtschaft und bietet neue Absatzmarkt- und Beschäftigungschancen.

Diese Angebotsseite des neuen Sektors Umweltwirtschaft wird in der statistischen Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz abgebildet. Hier melden Dienstleister und Hersteller von Umweltschutztechnologien ihre erzielten Umsätze im In- und Ausland, sowie die Zahl der eingesetzten Beschäftigten, die diese Umsätze erzielen. Die Unternehmen geben damit wichtige Informationen über die Umwelt als Wirtschaftskraft weiter und ermöglichen belastbare Aussagen über die direkte Beschäftigung im Umweltschutz. Die in Deutschland erwirtschafteten Umsätze mit Umweltschutzgütern und -dienstleistungen betrugen im Jahr 2010 mehr als 61 Milliarden Euro. Gemessen an den Gesamtumsätzen der in der Umweltwirtschaft ansässigen Produzenten entspricht das einem Anteil von 36 %. Im Jahr 2010 meldeten diese Produzenten 215 963 Beschäftigte, die direkt in der Produktion ihrer Umweltschutzgüter tätig sind.

Die gewonnen Erkenntnisse im Bereich der Umweltschutzausgaben und der Umweltwirtschaft fließen in zahlreiche Berechnungen und Schätzungen zum Thema Wirtschaft und Nachhaltigkeit ein. Eine der bekanntesten nationalen Veröffentlichungen in diesem Bereich ist der Umweltwirtschaftsbericht in seiner letzten Fassung vom Oktober 2012.



3

Gesetzesfolgenabschätzung: Wie Steuermodelle helfen

Änderungen von Steuergesetzen haben unmittelbare Auswirkungen auf die Steuern als Haupteinnahmequelle des Staates. Auch haben Sie Auswirkungen auf die finanzielle Belastung der Bürgerinnen und Bürger oder der Unternehmen, die die jeweilige Steuer zu zahlen haben.

Das Statistische Bundesamt unterstützt politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse in mehrfacher Weise bei der Gesetzesfolgenabschätzung durch die Informationen aus den Steuerstatistiken.

Zu wichtigen Steuerarten wie beispielsweise der Lohn- und Einkommensteuer, der Umsatzsteuer oder der Gewerbesteuer liegen im Statistischen Bundesamt alle wesentlichen Merkmale des Besteuerungsverfahrens aller Steuerpflichtigen für Sonderauswertungen vor. Wird zum Beispiel erwogen, die Entfernungspauschale anzupassen, kann das Statistische Bundesamt Angaben zur Anzahl und zum Ausmaß der betroffenen Steuerpflichtigen liefern und eine erste Abschätzung der Auswirkungen auf das Steueraufkommen ermöglichen.

Bei umfangreicheren Änderungen von Steuergesetzen müssen komplexe Anwendungen entwickelt werden, um zu simulieren, wie sich die Steuereinnahmen ändern und wie die Steuerpflichtigen belastet oder entlastet werden. Bei Steuerreformen führen daher Forschungsinstitute oder auch das Statistische Bundesamt anhand von Einzeldaten der amtlichen Statistik Mikrosimulationen durch. So wurden im Jahr 2011 die Auswirkungen des Modells der Bundesregierung und des niedersächsischen Modells zur Gemeindefinanzreform auf die Steuereinnahmen der Kommunen berechnet. Das Statistische Bundesamt arbeitete hier mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Fraunhofer Institut für Angewandte Informationstechnik zusammen. Das Modell der Bundesregierung sah eine Abschaffung der Gewerbesteuer vor. Ein erhöhter Anteil der Umsatzsteuer und ein kommunales Zuschlagsrecht zur Einkommen- und zur Körperschaftsteuer sollte das Modell gegenfinanzieren.

Insgesamt wurden mehrere hundert Varianten des Modells mit unterschiedlichen Bedingungen berechnet. Die Ergebnisse zeigten beispielsweise, dass eine Reform nach diesem Modell zu einer Verringerung der Einnahmeunterschiede von steuerstarken und steuerschwachen Gemeinden führen würde. Es konnte gezeigt werden, dass es je nach Ausgestaltung des Modells zu geringen Umverteilungen zwischen Kernstädten und Umlandgemeinden gekommen wäre. Obwohl das Modell letztlich aufgrund des Widerstands der kommunalen Spitzenverbände nicht umgesetzt wurde, kommt das Bundesministerium der Finanzen zu dem Fazit, dass noch nie ein Modell zum Ersatz der Gewerbesteuer in dieser Tiefe und Breite geprüft und für umsatzfähig befunden wurde.

Neben dem Modell der Bundesregierung wurde auch ein niedersächsisches Modell zur Gemeindefinanzreform analysiert. Nach diesem Modell würde die Gewerbesteuer durch eine kommunale

Unternehmenssteuer mit Hebesatzrecht, eine Beteiligung der Kommunen an der Lohnsteuer sowie ein Hebesatzrecht auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ersetzt.

Es konnte eine Variante ermittelt werden, die grundsätzlich für die Steuerpflichtigen belastungsneutral wäre. Die bisher unterdurchschnittlich ausgestatteten kleineren und mittleren Gemeinden hätten nach diesem Modell höhere Steuereinnahmen, die bisher überdurchschnittlich ausgestatteten Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern geringere Steuereinnahmen.

Aktuell berechnet das Statistische Bundesamt die Auswirkungen der vorliegenden Modelle zur Reform der Grundsteuer. Gegen die aktuelle Grundsteuer, basierend auf Bewertungen aus dem Jahr 1964, bestehen derzeit verfassungsrechtliche Bedenken. Von den Ländern wurden drei unterschiedliche Reformmodelle vorgelegt, ein Verkehrswertmodell, ein wertunabhängiges Modell und ein Kombinationsmodell. Nach dem Verkehrswertmodell bildet ein typisierter Verkehrswert auf Basis einiger Grundstücks- und Gebäudedaten und Angaben aus den Gutachterausschüssen die Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer. Beim wertunabhängigen Modell wird die Grundsteuer ausschließlich auf Basis der Grundstücks- und Gebäudefläche unabhängig von deren Wert erhoben. Das Kombinationsmodell stellt durch eine flächenorientierte Gebäudekomponente und eine mit den Bodenwerten bewertete Flächenkomponente einen Kompromiss dar.

Die Berechnungen der Auswirkungen dieser Modelle waren eine besondere Herausforderung. Weder die Daten der geltenden Grundsteuer noch andere Statistiken enthalten ausreichend Informationen für komplexe Berechnungen. So müssen beispielsweise Angaben zur Gebäudehöhe, zum Verkehrswert oder der Jahresmiete vorhanden sein. Das Statistische Bundesamt hat daher von 35 Millionen Grundsteuerobjekten ca. 25 000 Fälle zur Berechnung der Grundsteuer nach allen drei Modellen für zufällig ausgewählte Gemeinden festgelegt. Für diese Fälle wurden anschließend von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung, die speziell durch das Statistische Bundesamt geschult wurden, alle notwendigen Daten erhoben. Die Auswertungen und Analysen der Daten erfolgen im Statistischen Bundesamt, die Ergebnisse sollen voraussichtlich im Jahr 2013 der Finanzministerkonferenz übergeben werden.

Im Interview: Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes



Herr Dr. Schneider, wenn es um das Thema Armut geht, gibt es kaum jemanden, der medial so präsent ist wie Sie. Wie sieht bei Ihnen ein normaler Arbeitstag aus?

In erster Linie führe ich Geschäfte. Ich führe Mitarbeitergespräche, beschäftige mich mit Projektplanung und Finanzen, insbesondere mit der Mittelakquise. Wir sind Dachverband von über 10.000 Mitgliedsorganisationen und vermitteln Know-how und Geld, da liegt der Schwerpunkt meiner Tätigkeit. Dazu gehört auch die Aufgabe, die Interessen unserer Mitglieder in Politik und Öffentlichkeit zu tragen und zu vertreten. Der Bereich Medien- und Öffentlichkeitsarbeit macht etwa 20 Prozent aus, von den ca. 12 Stunden am Tag, die ich arbeite. Journalisten zeichnet aus, dass sie nie Zeit haben. Das ist schon mal gut, denn die habe ich auch nicht. Wenn ein 20-Sekunden Satz als Kommentar für eine Nachrichtensendung benötigt wird, sollte das in drei Minuten erledigt sein.

Der Paritätische hat 2009 einen Armutsatlas mit Mikrozensusdaten veröffentlicht. Wie kam es zu der Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt und warum war es Ihnen so wichtig, regionalisierte Statistiken zum Thema Armut zu veröffentlichen?

Dazu kam es aufgrund unserer guten Kontakte zwischen dem Statistischen Bundesamt und unserer Forschungsstelle. Hier ist gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt die Idee entstanden, diese Daten zu regionalisieren. Armut spielt sich nicht in bundesweiten Mittelwerten ab. Durch Regionalisierung wird deutlich, dass man Deutschland nicht einfach zwischen Ost und West aufteilen kann, sondern dass die regionalen Einkommensdiskrepanzen viel unterschiedlicher sind. Wir hatten das Glück, dass Herr Dr. Martens, der Leiter unserer Forschungsstelle, bei Ihnen hospitulieren konnte. Wir haben von dieser Kooperation außerordentlich profitiert und ich glaube, bei unserem Armutsatlas haben sich die Stärken unserer beiden Häuser sehr gut ergänzt. Sie haben ein riesiges Know-how zu Fragen der Statistik, der Einkommensmessung und Einkommensspreizung. Wir hatten die Möglichkeit, diese entsprechend zu interpretieren und

medial zu vermarkten. Das hat bei uns eine neue Tradition begründet, die zunächst gar nicht geplant war. Im Dezember 2012 haben wir bereits den dritten Armutsbericht herausgegeben und können nun auch regionale Trends verfolgen, was mit dem ersten Datenbestand noch nicht möglich war.

Wer sind die Zielgruppen dieser Veröffentlichung?

Es geht darum, die Politik auf Probleme aufmerksam zu machen. In diesem Fall auf die regionale Zerrissenheit und Einkommensspreizungen in Deutschland. Zweitens ist unser Ansprechpartner die breite Öffentlichkeit, die wir für das Thema sensibilisieren wollen, um dem politischen Gespräch den notwendigen Rückenwind zu verleihen, den man braucht, um erfolgreich Lobbyarbeit zu machen. Erst in dritter Linie wollten wir Experten ansprechen. Die Fachebene ist ja ständiger Nutznießer ihrer Webseite amtliche-sozialberichterstattung.de, die mit sehr gut aufbereiteten Daten ein Geschenk des Himmels ist.

Es gibt auch andere Datenanbieter zum Thema Armut. Werten die Daten des Statistischen Bundesamtes eine Veröffentlichung auf?

Ja, absolut. Das Statistische Bundesamt ist eines der seriösesten Label, die es gibt. Das hängt mit mehreren Dingen zusammen. Erstens mit dem hochgradig seriösen Auftritt nach außen. Die Art und Weise, wie Daten vorgestellt werden – in Pressemitteilungen und auf Pressekonferenzen – ist sachlich und ohne politische Bewertungen. Man versucht, den Datenbestand nur so weit zu interpretieren wie es gerade für das Verständnis notwendig ist. Auch bei der Aktualität sind Sie der Konkurrenz voraus. Drittens: Sie haben die besten Daten. Für die Armutsforschung und für die Einkommensforschung gibt es keine bessere Datenquelle als den Mikrozensus und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Im Mikrozensus haben wir genügend



„Wer mit der Öffentlichkeit kommunizieren will, muss übersetzen. Wir müssen in der Sprache einfacher werden, ohne falsch zu werden und das ist möglich. Hier liegt die Bringschuld derer, die mit Daten arbeiten.“

Fälle, um beim Thema Armut tatsächlich in die Tiefe zu gehen. Das wird leider bei der EVS schon enger. Einkommensschwache, alleinerziehende Haushalte in bestimmten Regionen nach weiteren Merkmalen auszuwerten, geht beispielsweise aufgrund der kleinen Fallzahlen leider gar nicht mehr. Die Güte der Datenbasis, die Aktualität und die Seriosität sind die drei Merkmale, die Ihre Produkte auszeichnen.

In Ihrem Buch kritisieren Sie die Vorgehensweise bei der Berechnung von Kennzahlen zur Armut zum Teil scharf. Haben Sie ein gespaltenes Verhältnis zur Statistik?

Bei der Armutsfrage, ja. Weil Statistik immer nur eine Möglichkeit ist, sich Wirklichkeiten zu nähern. Wirklichkeit ist mehr als Messbares. Wenn ich etwas messen will, muss ich es vergleichbar machen. Wenn ich es vergleichbar machen will, muss ich das Besondere aus jedem einzelnen Sachverhalt tilgen. Ich darf die Statistik nicht überstrapazieren. Nehmen wir ein Beispiel zur relativen Einkommensgrenze: Göttingen hat immer eine sehr hohe Armutsquote, weil dort so viele Studenten leben. Das lässt diese Städte aber alles andere als arm sein, sondern zukunftsgerichtet und lebendig. Das taucht in der Statistik als Ein-

kommensarmut auf. Hier wird die Grenze von Statistik deutlich, weil Einkommensarmut nicht mit Armut verwechselt werden darf. Die Lebenssituation inklusive der Perspektiven, die diese jungen Menschen haben, kann ich mit Statistik nicht hinreichend einfangen.

Sie bemängeln bei der Darstellung der Armutsgefährdungsquote, dass Begriffe wie Nettoäquivalenzeinkommen oder Median kaum verständlich vermittelt werden können. Wie kann man Ihrer Meinung nach Abhilfe schaffen?

Erstmal müssen wir alle etwas sprachensibler werden. Gerade bei Wissenschaftlern habe ich häufig das Gefühl, dass es nicht um Kommunikation geht, die ankommt, sondern nur um die Präzision der Sprache. Ein Begriff wie Nettoäquivalenzeinkommen muss gar nicht erscheinen, das ist in der Kommunikation mit der Öffentlichkeit absolut überflüssig. Man muss die Menschen auch nicht mit dem Begriff des Medians verwirren. Mittelwert reicht völlig. Wer mit der Öffentlichkeit kommunizieren will, muss übersetzen. Wir müssen in der Sprache einfacher werden, ohne falsch zu werden und das ist möglich. Hier liegt die Bringschuld derer, die mit Daten arbeiten. Auf der ande-

ren Seite müssen wir Statistiken mit Schilderungen von Lebenswirklichkeiten unterlegen. Wenn jemand ein Einkommen von 700 Euro hat, muss der Öffentlichkeit vermittelt werden, was es heißt, damit als Alleinlebender auskommen zu müssen. Oder als alleinerziehende Mutter mit einem Kind und 1000 Euro pro Monat. Hier werden Kooperationen mit Ihnen und unserem Haus fruchtbar, weil wir die Möglichkeit haben, ihre Daten mit Leben zu füllen.

Die Aussage „Die Schere von arm und reich geht immer weiter auseinander“ hört man seit Jahrzehnten. Glauben Sie, dass sich Menschen mit der Zeit an solche Sätze gewöhnt haben?

Das glaube ich nicht. Ich hatte neulich zum Beispiel ein Gespräch mit meinem Zeitschriftenhändler. Der sagte mir, hinter dem Ladentisch kriegt man es inzwischen mit, wie viele Leute jeden Cent umdrehen müssen. Leute, die Jahre lang Lotto gespielt haben, und plötzlich den Schein nicht mehr abgeben. Das ist ja kein Einzelphänomen. Man merkt förmlich diese statistische Scherenentwicklung, die im Alltag ihren Niederschlag findet. Mein Zeitschriftenhändler kommt darauf, weil ich das im Fernsehen dargelegt habe.

Sein Blick auf die Wirklichkeit wurde dadurch geschärft. Das gelungene Zusammenspiel von validen Daten und guter Vermittlung führt dazu, dass der Einzelne etwas davon hat. Weil Menschen in die Lage versetzt werden, ihre Lebenswirklichkeit in einen größeren Zusammenhang einordnen zu können.

In den letzten Jahren gab es neue Konzepte zur Messung von Wohlfahrt und Lebensqualität. Es gibt im Bundestag eine Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Wie bewerten Sie diese Aktivitäten?

Die Glücks-Kommission? (lacht) Ich bin da zwiespältig. Einerseits kann ich das wissenschaftliche Interesse verstehen, Lebensrealität in ihrer Komplexität einfangen zu wollen und vom einseitigen Ressourcenkonzept zu einem lebensnahen Konzept, das auch Teilhabe und Selbstverwirklichung berücksichtigt, zu kommen. Durch diese neu geschaffene Komplexität kann es passieren, dass man einen Pudding an die Wand nageln will. Alle sind irgendwie nicht selbst verwirklicht und man kommt zu dem Lehrsatz zurück „Geld allein macht nicht glücklich“. In diesem Moment entlässt man Akteure, die für Einkommensbewegungen in unserer Gesellschaft verantwortlich sind, aus ihrer Verantwortung. Darin sehe ich eine große Gefahr. Wir leben nun mal in einer Gesellschaft, in der Geld nach wie vor der entscheidende Faktor zur Lebensgestaltung ist und die Möglichkeiten an Teilhabe und Selbstverwirklichung bestimmt.

Apropos Teilhabe. Der Paritätische nutzt eine ganze Bandbreite sozialer Netzwerke, welche Erfahrungen machen Sie damit?

Wir fahren mehrdimensional. Wir haben ein eigenes Web 2.0 – sozialzentrale.de, das ist eine Plattform für Verbandangehörige. Außerdem sind wir seit über einem Jahr bei Facebook vertreten und waren völlig überrascht, wie gut das funktioniert. Bevor wir in so etwas reingehen, investieren wir allerdings sehr viel Zeit in die Vorbereitung. Die ersten Wochen sind systematisch geplant. Eine Adresse, die einmal dafür bekannt ist, dass da nichts los ist, wird diesen Ruf nie mehr los. Man darf sich auch nicht wie ein Verband oder eine Behörde aufstellen,

sonst passiert nichts. Jede Meldung muss persönlich begleitet werden mit subjektiven Eindrücken, um einen hohen Verbreitungsgrad zu erreichen. Meinen Facebook-Account pflege ich persönlich, das macht mir wenig Arbeit. Wenn man irgendwo im Taxi sitzt oder im Zug, findet man immer fünf Minuten Zeit, um etwas einzustellen. Aber das Wichtigste ist bei uns nach wie vor unsere Zeitung, sie gehört zum Markenkern. Sie ist ein verbindendes Element mit einer ganz klaren Geh-Struktur. Ich geh’ zu den Menschen hin und lege sie ihnen auf den Tisch und sie schauen rein. Das Netz funktioniert genau andersrum, die Menschen müssen sich die Informationen holen.

Wie nehmen Sie unser Haus aus der Sicht des Paritätischen wahr? Was können wir besser machen?

(Lacht) Nichts, was in Ihren Kräften stünde. Das, was Sie haben, ist wirklich wunderbar aufbereitet, da bleiben von unserer Seite keine Wünsche offen. Wo wir Wünsche haben, geht es um die Architektur von Daten. Die EVS wird für die Berechnung von Regelsätzen herangezogen, aber wir haben keine ausreichend großen Fallzahlen und damit keine valide Datengrundlage für diese extrem wichtige Regelsatzberechnung, wie sie das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 2010 angemahnt hat. Haushalte mit zwei Erwachsenen, zwei Kindern und dann noch als niedrige Einkommensbezieher sind wenig vertreten. Wenn ich dann schauen will, wer von denen wie viel Geld für ein Kinderfahrrad ausgegeben hat, dann habe ich überspitzt formuliert vielleicht noch zwei Fälle. Auf dieser Basis werden Regelsatzberechnungen vorgenommen. Aber das liegt nicht in Ihrer Hand. Die Daten sind korrekt, aber seitens des Ministeriums für Arbeit und Soziales wird in methodisch fragwürdiger Weise damit umgegangen. Hier wäre allen wohler, wenn wir für den Niedrigeinkommensbereich einen breiteren Datensatz speziell für Regelsatzbelange hätten. Davon hätten wirklich alle etwas, auch wenn es erstmal Geld kostet.



Dr. Ulrich Schneider ist seit 1999 Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (Der Paritätische) in Berlin. Er ist promovierter Erziehungswissenschaftler und Autor des Buches „Armes Deutschland – Neue Perspektiven für einen anderen Wohlstand“.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband ist Dachverband von über 10 000 eigenständigen Organisationen und Einrichtungen im Sozial- und Gesundheitsbereich.



Das Interview führten Ilka Willand und Heidrun Stirner.

„Die Güte der Datenbasis, die Aktualität und die Seriosität sind die drei Merkmale, die Ihre Produkte auszeichnen.“

Wo bleibt mein Geld?

Rund 60 000 private Haushalte in Deutschland dokumentieren 2013 wieder ihre Einnahmen und Ausgaben. Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe stehen repräsentativ für die Lebensverhältnisse in Deutschland und werden für administrative und politische Entscheidungen von großer Tragweite herangezogen.

Blick ins Portemonnaie

Im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) führen private Haushalte drei Monate freiwillig ein Haushaltsbuch mit detaillierten Anschreibungen ihrer gesamten Einnahmen und Ausgaben. Dieses Haushaltsbuch ist das Herzstück der EVS. Daneben geben die Befragungspersonen auch Auskünfte über ihre Wohnverhältnisse, ihre Ausstattung mit Gebrauchsgütern wie Computer, Pkw, Mobiltelefonen sowie über ihre Vermögens- und Schulden-situation. Zusätzlich protokolliert rund ein Fünftel der beteiligten Haushalte einen Monat lang sehr detailliert den Einkauf (Ausgaben und Mengen) von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren.

An der EVS nehmen Haushalte mit den unterschiedlichsten sozialen Hintergründen teil: Rentner-, Erwerbstätigen- und Arbeitslosenhaushalte, Haushalte von Selbstständigen, Landwirten, Paare mit Kindern, Singlehaushalte, Mehrgenerationenhaushalte und Alleinerziehende. Dadurch zeichnet

die EVS nahezu ein repräsentatives Bild der Lebenssituation der Gesamtbevölkerung in Deutschland. Auf der Grundlage des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte ermöglicht die umfangreiche Datenbasis der EVS seit 50 Jahren alle fünf Jahre einen „Blick ins Portemonnaie“ der Haushalte. 2013 ist wieder ein EVS-Jahr.

Daten, die gebraucht werden

Weil die EVS-Ergebnisse ein sehr differenziertes Bild der Lebensbedingungen in Deutschland zeichnen, werden sie für sozialpolitische Fragen ebenso herangezogen wie für Fragen der Familien-, Konjunktur- und Steuerpolitik. Die Daten bilden eine wichtige Säule der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Unter anderem werden die Regelbedarfe zur sozialen Grundsicherung mit Hilfe von EVS-Ergebnissen bemessen; ein weiteres Beispiel sind Preisindex-Berechnungen, grundlegend zur Bestim-

mung der Inflationsrate. Hauptnutzer der EVS-Daten sind verschiedene Bundesministerien, Landesbehörden, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Verbände und Wirtschaftsunternehmen. Letztere interessieren sich in letzten Jahren besonders für die Wirtschaftskraft der „Best Ager“ oder der Generation der Babyboomer.

Vertrauen ist das Zauberwort

Die EVS wird in Teamarbeit der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder durchgeführt. Die organisatorische und technische Vorbereitung liegt beim Statistischen Bundesamt, während die Landesämter die Haushalte anwerben und befragen. Die Werbekampagnen und Strategien werden gemeinsam entwickelt, um möglichst viele Haushalte zur Teilnahme zu motivieren.

Interessierte Haushalte können sich unter www.evs2013.de informieren und ein Gefühl dafür entwickeln, was auf sie zukommt. Hilfestellungen, Online-Formulare und Ansprechpartner werden angeboten, um den Zeitaufwand für die Haushaltsmitglieder so gering wie möglich zu halten. Auch 2013 können die Haushalte ihre Angaben zur individuellen Wohnsituation und Haushaltsausstattung wieder online melden.

Die EVS beruht auf einer freiwilligen Teilnahme der Haushalte und die Anwerbung gestaltet sich nicht ganz einfach. Zu den besonders schwer zu gewinnenden Haushaltsgruppen gehören solche im unteren Einkommensbereich mit niedrigem Bildungsstand, Haushalte von Landwirten, Selbstständigen,



EVS 2013



Ausländern sowie Mehrgenerationenhaushalte oder große Haushalte mit mehr als fünf Mitgliedern. In den Anwerbungsbemühungen steckt viel Vertrauensarbeit und viel Überzeugungskraft, dass persönliche Daten nicht an Dritte weiter gegeben werden. Manche werden durch eine kleine Aufwandsentschädigung motiviert, andere profitieren persönlich von dem kritischen Blick auf die eigenen Einnahmen und Ausgaben.

Alle Akteure zählen

Die Qualitätssicherung der Befragung 2013 begann sofort nach der letzten Erhebung 2008. Alle an der EVS beteiligten Ämter teilten ihre Erfahrungen, um Verbesserungen für die nächste Erhebung festzuhalten. Mit den Nutzergruppen besteht ein reger Austausch: Sei es auf Nutzerkonferenzen – die letzte fand im Jahre 2011 statt – oder in der individuellen Beratung. Trotz der umfangreichen Fragebogen hat die möglichst belastungsarme Befragung absolute Priorität – zu groß ist das Risiko, dass die Befragten aus der Erhebung aussteigen. Das Abwägen von Nutzerwünschen und Haushaltsbelastung ist hier oftmals eine Gradwanderung. Zudem müssen neue Entwicklungen berücksichtigt werden: So findet der Haushalt 2013 im Fragebogen beispielsweise erstmals Rubriken für Ein-

nahmen durch den Verkauf von Solarstrom oder die Ausgaben für Apps und Kombipakete von Telefon- und Internetflatrates.

Erste Ergebnisse im Herbst 2013

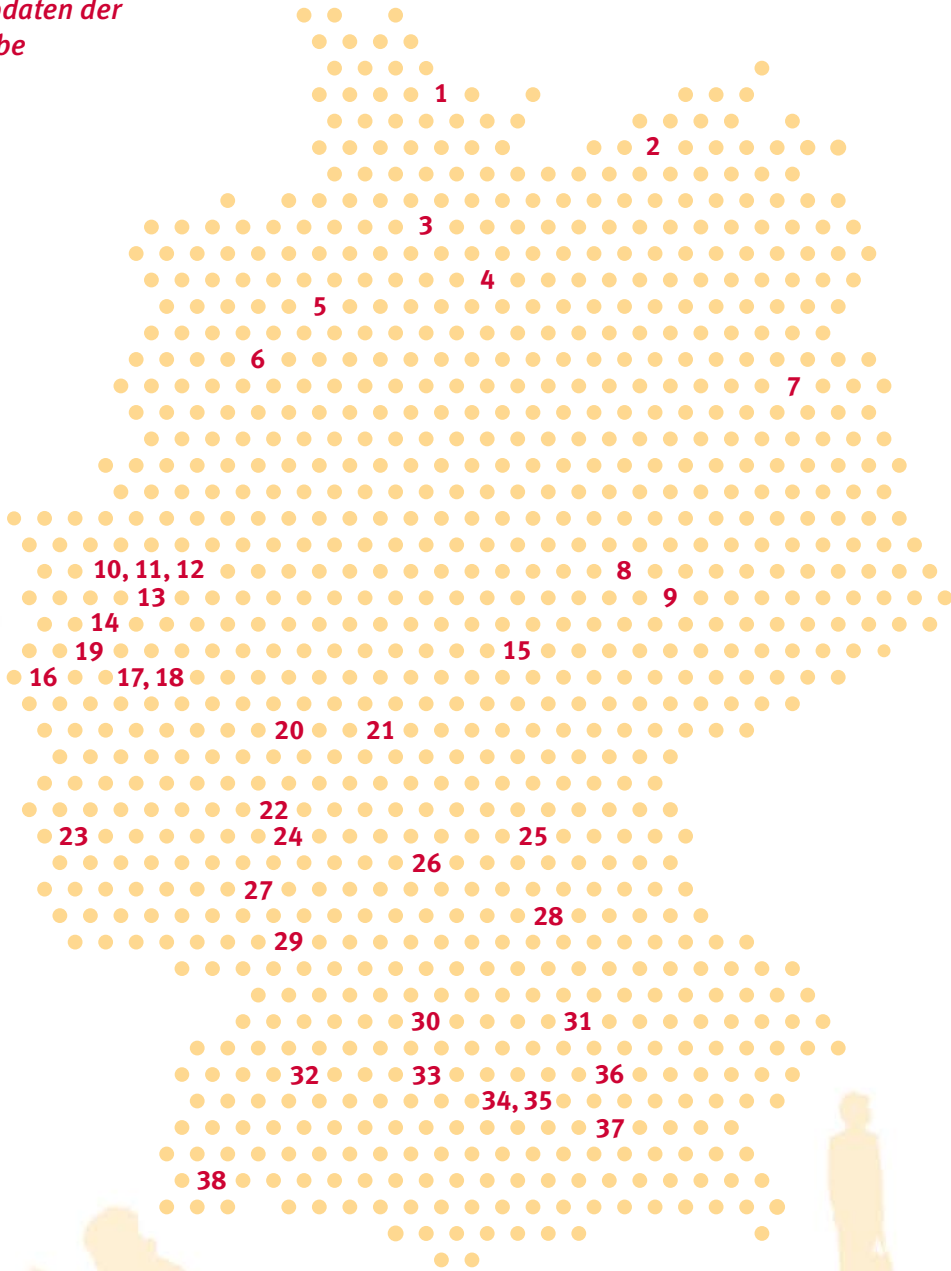
Die EVS-Daten müssen so schnell wie möglich erfasst, geprüft sowie hochgerechnet und die Ergebnisse veröffentlicht werden. Rund 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes werden für die Dateneingabe rekrutiert und geschult, lernen, wie die Daten plausibilisiert werden, wie Fehler korrigiert werden. Einige sind schon zum zweiten oder dritten Mal dabei: „Das Programm gibt mir sofort Rückmeldung, wenn die Eingabe der Daten unplausibel ist.“ Kein Wunder, denn es sind über 1000 Plausibilitätsprüfungen hinterlegt. Schnell kann ein angezeigter Fehler behoben werden, falls es sich um eine bloße Falscheingabe handelt. Unter Umständen ist bereits die Eintragung des Haushalts unplausibel und es muss über das Statistische Landesamt direkt beim Haushalt zurück gefragt werden. Um Daten von höchster Qualität zu erreichen, lohnt sich der Arbeits- und Zeitaufwand. Nach der Erfassung und Qualitätssicherung werden die Daten der rund 60 000 Stichprobenhaushalte anhand der Mikrozensusergebnisse auf die Gesamtheit der Haushalte

hochgerechnet. Aus diesen hochgerechneten Ergebnissen können dann Veröffentlichungstabellen und für die Wissenschaft nutzbare anonymisierte Mikrodatenfiles erstellt werden. Der Forschungsatlas EVS gibt auf den nächsten Seiten einen Einblick, an welchen Themen mit Hilfe von EVS-Daten wissenschaftliche Institute und Organisationen arbeiten.

Die ersten Ergebnisse aus der EVS 2013 zur Ausstattung und Wohnsituation der privaten Haushalte werden im Herbst 2013 vorliegen. Mit ersten Aussagen über die Einnahmen- und Ausgabenstruktur der Haushalte in Deutschland kann ab Herbst 2015 gerechnet werden.

Forschungsatlas EVS

Aktuelle Forschungsprojekte mit Mikrodaten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe



- 1** Christian-Albrechts-Universität Kiel
Steuer- und Transfersysteme
Institut für Weltwirtschaft, Universität Kiel
Inzidenz und Prognose indirekter Steuern /
Determinanten des Energiekonsums
- 2** Max-Planck-Institut, Rostock
Outsourcing of Household Labor, Household
Expenditures / Ökonomischer Lebenslauf
Universität Rostock
Glückspiel vs. Risikoanlagen privater
Haushalte / Kreditnachfrage
- 3** Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut
Versicherungsschutz privater Haushalte
Institut für Finanzdienstleistung, Hamburg
Zukunftskonto: Bildung als Lebensvorsorge
Technische Universität Hamburg-Harburg
Energiepreisentwicklung und Landnutzung
- 4** Universität Lüneburg
Zeit, Einkommen, Konsum
- 5** Universität Bremen
Anlageentscheidungen privater Haushalte /
Finanzierungslast der GKV
- 6** Hochschule Vechta
Altersgerechte Lebenswelten, Lebensqualität
Universität Vechta
Alterseinkommen, Alterssicherung /
Altersgerechte Assistenzsysteme

- 7** Deutsches Institut für Wirtschafts-
forschung, Berlin
Young People's Mobility Patterns,
Steuer und Transfersysteme / Mineralölbe-
steuerung / Spar- und Konsumverhalten
DIW econ GmbH, Berlin
Tourismus-Satellitenkonto
Deutsches Zentrum für Luft- und Raum-
fahrt, Berlin
Verkehrsentwicklung und Umwelt
Freie Universität Berlin
Gender Wage Gap
Humboldt-Universität Berlin
UNICEF-Kindliches Wohlbefinden
Technische Universität Berlin
Heizwärmebedarf
- 8** Institut für Wirtschaftsforschung, Halle
Ost-West-Vergleich Einkommen, Konsum
- 9** Hochschule Leipzig
Einkommen, Konsum, Haushalte
- 10** Rheinisch Westfälisches Institut für Wirt-
schaftsforschung, Essen
Mehrwertsteuer / Krankenversicherung /
Steuer- und Abgabenlast
- 11** Ruhr-Universität Bochum
Energieeffiziente Stadt / Verteilung der
Regelbedarfe im Auftrag des BMAS
- 12** International School of Management,
Dortmund
Modellrechnung Bürgerversicherung,
Bürgerkrankenversicherung
Technische Universität Dortmund
Haushaltsausgaben Energie
- 13** Bergische Universität Wuppertal
Time Use, Income and Spending Patterns

- 14** Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf
Vermögen und Anlagen deutscher Haushalte
- 15** Universität Erfurt
Mediennutzung und sozialer Wandel im
Alltag
- 16** Institut für Energie-, Systemforschung und
Technologische Entwicklung, Jülich
Input-Output-Tabelle für die Bundesländer
und NRW
- 17** Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raum-
forschung, Bonn
Wohnungs- und Immobilienmarktbe-
obachtung
Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit,
Bonn
Verteilungseffekte von Steuern
- 18** FIT Fraunhofer Institut für angewandte
Informationstechnik, Sankt-Augustin
Familienlastenausgleich/Alterseinkünfte-
gesetz
- 19** Institut der deutschen Wirtschaft, Köln
Sozialstandards in einer globalisierten Wirt-
schaft / Soziale Absicherung Wohngeld
Institut für Sozialforschung und Gesell-
schaftspolitik, Köln
Sozialindikatoren, Familien und Senioren
in Hamburg
Universität Köln
Ökonomische Ungleichheit und Armut /
Konsum und Lebensstandard
- 20** Justus-Liebig-Universität Gießen
Konsummuster von Haushalts- und
Familientypen
- 21** Hochschule Fulda
Belastungen der GKV-Versicherten
- 22** Deutsches Institut für pädagogische For-
schung, Frankfurt am Main
Individuelle Bildungsfinanzierung und
Bildungserträge
Johann Wolfgang Goethe-Universität,
Frankfurt am Main
Entwicklung der Raten- und Konsumenten-
kredite
Zentrum für Wirtschaft, Arbeit und Kultur,
Frankfurt am Main
Einkommen und Vermögen in Hessen
- 23** Universität Trier
Conspicuous Consumption East-West
Germany
- 24** Institut Wohnen und Umwelt, Darmstadt
Soziale Absicherung des Wohnens
- 25** Universität Bamberg
Bayerischer Sozialbericht
- 26** Julius Maximilians-Universität Würzburg
Biosphärenreservat Rhön

- 27** GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissen-
schaften, Mannheim
Soziale Ungleichheit, Konsum, soziale
Exclusion
Zentrum für europäische Wirtschaftsfor-
schung, Mannheim
Gesellschaftliche Bedeutung von
Investmentfonds / Sparen und Investieren
- 28** Fachhochschule Nürnberg
Regelleistung nach SGB II
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-
Nürnberg
Armutsmaße, regionale Unterschiede
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufs-
forschung, Nürnberg
Konsumarmut, Mikroanalysen Regel-
bedarfe SGB II
- 29** Universität Karlsruhe
Verkehrsgeschehen und Mobilitätsverhalten /
Mobilitätsmuster junger Menschen
- 30** Duale Hochschule Baden-Württemberg
Heidenheim
Absatz bei Versicherungsprodukten
- 31** Katholische Universität Eichstätt, Ingolstadt
Bayerischer Sozialbericht
- 32** Institut für Angewandte Wirtschaftsfor-
schung, Tübingen
Verteilung von Einkommen und Vermögen
Universität Tübingen
Verteilung von Einkommen und Vermögen
- 33** Universität Ulm
Risikoaversion auf Finanz- und
Versicherungsmärkten
- 34** Internationales Institut für empirische
Sozialökonomie, Stadtbergen
Soziale Lage in Bayern, Arbeitsmarkt
- 35** Hochschule Augsburg
Riesterrente, soziale Absicherung
- 36** Hochschule Weihenstephan-Triesdorf
Haushaltsbudgets in Deutschland
- 37** Institut für Wirtschaftsforschung, Universi-
tät München
Wirkungen von Steuervereinfachungen
Technische Universität München
Kohorten-, Alters-, Zeiteffekte auf Konsum
- 38** Albert-Ludwig-Universität Freiburg
Altersvorsorge, Tragfähigkeit der deutschen
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Stand 02/2013, alle Forschungstitel gekürzt.

Im Kundenprofil: Bloomberg L.P.

Wirtschafts- und Finanzdaten im Hochgeschwindigkeitsnetz

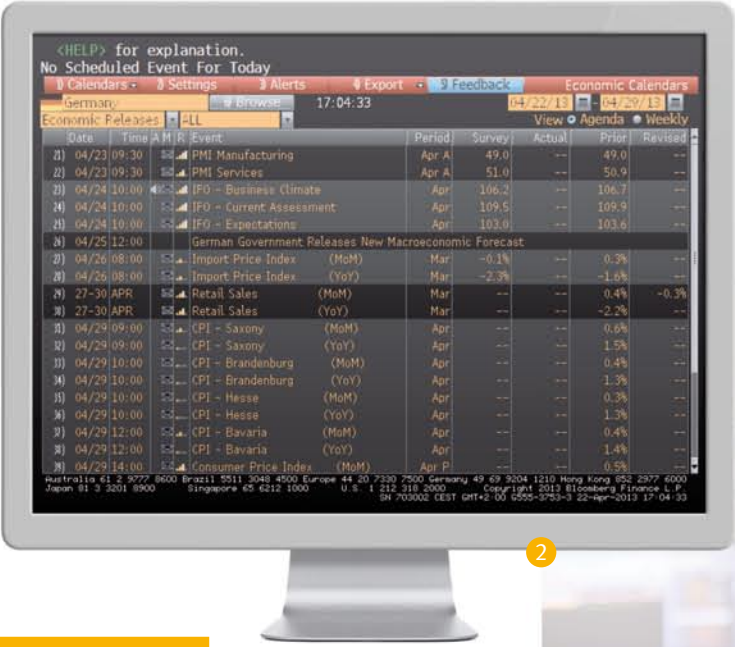


Der Finanzdienstleister Bloomberg L.P. versorgt Finanzexperten und Geschäftsleute über ein Hochgeschwindigkeitsdatennetz mit wichtigen Zahlen, Nachrichten und Analysen, die von mehr als 15 000 Mitarbeitern an 192 Standorten weltweit zugestellt werden. Dieser Beitrag zeigt, wie das US-amerikanische Privatunternehmen Daten des Statistischen Bundesamtes an die Finanzmärkte weitergibt und sie dabei in eine Vielzahl anderer Informationen einbindet. Sie haben Einfluss auf Entscheidungen, die tagtäglich die globale Finanzdienstleistungsbranche vorantreiben.

Das Unternehmen wurde 1982 von Michael R. Bloomberg gegründet, der sich als Bürgermeister von New York City inzwischen in seiner dritten Amtszeit befindet. Zwanzig Jahre lang war Bloomberg Chairman und CEO des Unternehmens, das er mit einer Abfindung der heute nicht mehr bestehenden Investmentbank Salomon Brothers in Höhe von 10 Millionen Dollar gegründet hatte. Transparenz und Effizienz für Käufer und Verkäufer von Finanzinstrumenten zu schaffen, war das Unternehmensziel, und zwar von der Wall Street bis Tokyo, Singapur, Hongkong, London wie auch in Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg, Berlin, München, Nürnberg und Stuttgart.

Im vergangenen Jahr hat das Nachrichtenunternehmen seinen deutschsprachigen Zweig aufgebaut und versorgt nun deutsche Kunden in ihrer Muttersprache mit zentralen marktrelevanten deutschen Nachrichten sowie mit internationalen Nachrichten, die für den deutschen Markt von Bedeutung sind ¹. Die Deutsche Bloomberg News, kurz DBN, hat zehn Redakteure in Frankfurt, zwei in Berlin und zwei in New York.

Unter der Leitung von Chairman Peter T. Grauer, der Michael Bloomberg im März 2001 nachfolgte, sowie Präsident und CEO Daniel L. Doctoroff, bedient Bloomberg über 315 000 Abonnenten des Infor-



mationsdienstes Bloomberg Professional. Mit Diensten zu Themen wie Recht - Bloomberg Law -, die US-Regierung - Bloomberg Government -, neue Energien - Bloomberg New Energy Finance - und durch sein 100%iges Tochterunternehmen BNA stellt das Unternehmen Daten, Nachrichten und Analysen für Entscheidungsträger in Branchen auch außerhalb des Finanzsektors bereit.

Der Nachrichtendienst Bloomberg News, der seine Informationen über den Dienst Bloomberg Professional, im Fernsehen und im Radio, für die mobile Nutzung, im Internet und in drei Magazinen verbreitet – Bloomberg Businessweek, Bloomberg Markets und Bloomberg Pursuits – ist mit mehr als 2 400 Nachrichten- und Multimediaexperten in 146 Büros und 72 Ländern weltweit präsent.

Jeden Monat informieren Bloombergs Journalisten, Redakteure und Datenspezialisten über eine Vielzahl von Wirtschaftsindikatoren, die das Statistische Bundesamt bereitstellt, vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) über Verbraucher-, Erzeuger- und Großhandelspreise, Ausfuhren und den Einzelhandelsumsatz bis hin zu Handels- und Leistungsbilanzdaten sowie Arbeitskosten.

Mit Hilfe der Datenbank des Statistischen Bundesamtes GENESIS-Online aktualisiert das zuständige Team für internationale Daten auch eine Vielzahl von Indikatoren, die auf speziellen Seiten direkt auf dem Bloomberg-Terminal angezeigt werden ².

Die Kunden von Bloomberg, die auf diese Daten und Nachrichten bereits warten, werden über deren Eingang sofort automatisch

benachrichtigt und wickeln dann Geschäfte ab, bei denen es um Milliarden von Euro gehen kann.

„Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes sind von zentraler Bedeutung für unsere Berichterstattung über die Wirtschaftsentwicklung“ sagt Angela Cullen, Leiterin des deutschen Büros von Bloomberg News. „Als Europas größte Volkswirtschaft ist Deutschland einer unserer wichtigsten Märkte.“ Cullen hat einen Mitarbeiterstab von 58 Korrespondentinnen und Korrespondenten, die in fünf deutschen Städten für Bloomberg News tätig sind: in Frankfurt, Berlin, München, Düsseldorf und Hamburg.

Die beiden folgenden Schaubilder 3 + 4 zeigen, welchen Einfluss Daten des Statistischen Bundesamtes auf die globalen Devisenmärkte haben können. Wie der deutliche Einbruch der Währungskurve zeigt, löste die ins Auge springende rote Überschrift zum BIP für das vierte Quartal sofort einen Ausverkauf des Euro gegen den US-Dollar aus, der während der gesamten Handelssitzung anhielt, als nach und nach weitere ungünstige Zahlen für den Euroraum bekannt wurden.



Bloombergs Kurzberichte auf Deutsch und Englisch 5 + 6 helfen Kundinnen und Kunden zu verstehen, wie die aktuellen Daten mit Entwicklungen in der Vergangenheit zusammenhängen und welche Erwartungen am Markt bestehen. Je größer die Diskrepanz zwischen Erwartung und Entwicklung, desto stärker die Tendenz, die betreffenden Wertpapiere zu kaufen oder zu verkaufen.

Für Bloomberg erweist sich Deutschlands Wirtschaft in der Staatsschuldenkrise auch weiterhin als belastbar. Internationale Investoren sind daher nach wie vor an den vom Statistischen Bundesamt gelieferten Daten interessiert, weil sie ihnen helfen zu bewerten, wie nachhaltig diese Belastbarkeit ist. „Zahlen des Statistischen Bundesamtes sind der Grundpfeiler unseres deutschen Wirtschaftskalenders“ so Mark Evans, Leiter des Teams für Wirtschaftsdaten bei Bloomberg in London. „Indikatoren des Statistischen Bundesamtes wie der Verbraucherpreisindex (VPI), Handelsdaten und das BIP gehören zu den meistbeachteten Kennzahlen, über die wir berichten. Fast 2000 Kunden haben unsere vierteljährliche Eilmeldung zum BIP abonniert.“

„Händler treffen ihre Entscheidungen auf Grundlage der in Echtzeit gelieferten Eckdaten. Ökonomen hingegen benötigen für ihre Analyse des Gesamtbildes und der künftigen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland unsere Tabellen und die Datenbasis mit Zahlen des Statistischen Bundesamtes“ sagt der für aktuelle Daten zuständige Redakteur Kristian Siedenburg, der dafür zu sorgen hat, dass die Zahlen des Statistischen Bundesamtes auf dem Bloomberg-Terminal bereitgestellt werden.



Gerhard-Fürst-Preis 2012

Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten im Rahmen ihrer Hochschulausbildung oft mit Daten der amtlichen Statistik. Seit 1999 vergibt das Statistische Bundesamt jährlich den Gerhard-Fürst-Preis für herausragende wissenschaftliche Abschlussarbeiten. 2012 wurden vier Preisträgerinnen und Preisträger ausgezeichnet.



Von links: Dr. Stephanie Eckman, Saskia Pohl, Dr. Steffen Schindler, Prof. Walter Müller, Vizepräsident Dieter Sarreither, Hauke Feil und Prof. Ullrich Heilemann, Vorsitzender des Gutachtergremiums.

Wege zur Studienberechtigung – Wege ins Studium?

Zeigen Kinder aus bildungsfernen Familien die gleiche Neigung ein Studium aufzunehmen wie Kinder aus dem Bildungsbürgertum? In seiner Dissertation „Wege zur Studienberechtigung – Wege ins Studium? Eine Untersuchung sozialer Inklusions- und Ablenkungsprozesse“ untersucht Dr. Steffen Schindler diese Frage.

In den letzten Jahrzehnten wurden in Deutschland neue Zugangswege zu einem Hochschulstudium eröffnet, besonders durch berufsbildende Bereiche, die zu Studienberechtigungen führen. In welcher Weise die institutionelle Öffnung einen Beitrag geleistet hat, soziale Ungleichheit auf dem Weg zur Hochschulbildung zu reduzieren, hat der Soziologe unter anderem mit Daten des Mikrozensus, sowie der Schul- und Hochschulstatistik untersucht. Fazit der Studie ist, dass soziale Hürden zur Hochschulreife verringert wurden, die Studierneigung von Jugendlichen aus bildungsfernen Familien aber immer noch deutlich geringer ausfällt, als die der Jugendlichen des Bildungsbürgertums. Ein Großteil der neu hinzugewonnenen Studienberechtigten komme

nicht in den Hochschulen an. Dr. Schindler erhielt für seine Dissertation an der Universität Mannheim den Gerhard-Fürst-Preis des Statistischen Bundesamtes 2012.

Klimarelevante Faktoren und Ozonkonzentration in Sachsen-Anhalt

Der Atmosphärenbestandteil Ozon ist hauptsächlich aufgrund seiner nützlichen Eigenschaften in den oberen Schichten der Atmosphäre bekannt, wo er Teile der schädlichen UV-Strahlung absorbiert. In ihrer Arbeit „Statistische Analyse des Einflusses klimarelevanter Faktoren auf die Entwicklung der Ozonkonzentrationen an Luftmessstationen in Sachsen-Anhalt“ von Saskia Pohl wurde hingegen die Ozonkonzentration in den unteren, bodennahen Luftschichten, in denen hohe Konzentrationen gesundheitsschädliche Wirkungen entfalten, betrachtet. Saskia Pohl erhielt für ihre Bachelorarbeit, die sie an der Hochschule Magdeburg-Stendal absolvierte 2012 den Gerhard-Fürst-Preis des Statistischen Bundesamtes in der Kategorie „Master/Bachelorarbeiten“.

Über- und Untererfassung in statistischen Erhebungen

Mit Problemen der Unter- und Übererfassung von Haushalten und Personen in statistischen Erhebungen hat sich Dr. Stephanie Eckman in ihrer Dissertation „Errors in Housing Unit Frames and Their Effects on Survey Estimates“ beschäftigt. Sie befasst sich mit zentralen Mechanismen, die zu solchen Erfassungsfehlern führen können und deckt mit methodisch anspruchsvollen Ansätzen einen „confirmation bias“ auf. Als Datengrundlage wurden Daten des Bureau of the Census der Vereinigten Staaten von Amerika sowie Daten aus einer eigenständig durchgeführten Erhebung im Rahmen des National Survey of Family Growth herangezogen. Dr. Stephanie Eckman erhielt für ihre Arbeit den Gerhard-Fürst-Förderpreis 2012 in der Kategorie „Dissertationen“, die an der University of Maryland entstanden ist.

Rohstoffreichtum in ehemals kommunistischen Staaten

Rohstoffe können Segen und Fluch sein. Seit den 1970er Jahren gibt es die These, dass Regierungen durch Rohstoff-Einkünfte steuerlich unabhängig von der Bevölkerung sind. Gleichzeitig ermöglichen

sie die Bestechung wichtiger politischer Gruppen. Die Mehrheit der wissenschaftlichen Literatur bejaht die Korrelation zwischen Rohstoff-Einkünften und Autoritarismus, andere Untersuchungen weisen jeden Zusammenhang zurück. Die Bachelorarbeit „Postkommunismus, Ressourcenreichtum und Autoritarismus: eine mögliche Korrelation? Der Resource Curse und seine Folgen auf die demokratischen Strukturen der ehemals kommunistischen Staaten in Europa und Asien“ von Hauke Feil beschäftigt sich statistisch mit den regionalen Einflussfaktoren zwischen Rohstoff-Einkünften und Autoritarismus. Verwendet wurden die Daten der „World Development Indicators & Global Development Finance“-Datenbank der Weltbank und der Comtrade-Datenbank der United Nations Statistics Division. Ein Fazit der Arbeit war: Entgegen den Erwartungen aus der öffentlichen Diskussion konnte für den postsowjetischen Raum kein Zusammenhang zwischen Rohstoff-Einkünften und Autoritarismus ausgemacht werden. Hauke Feil von der Universität Bremen erhielt den Gerhard-Fürst-Förderpreis des Statistischen Bundesamtes in der Kategorie „Master/Bachelorarbeiten“.



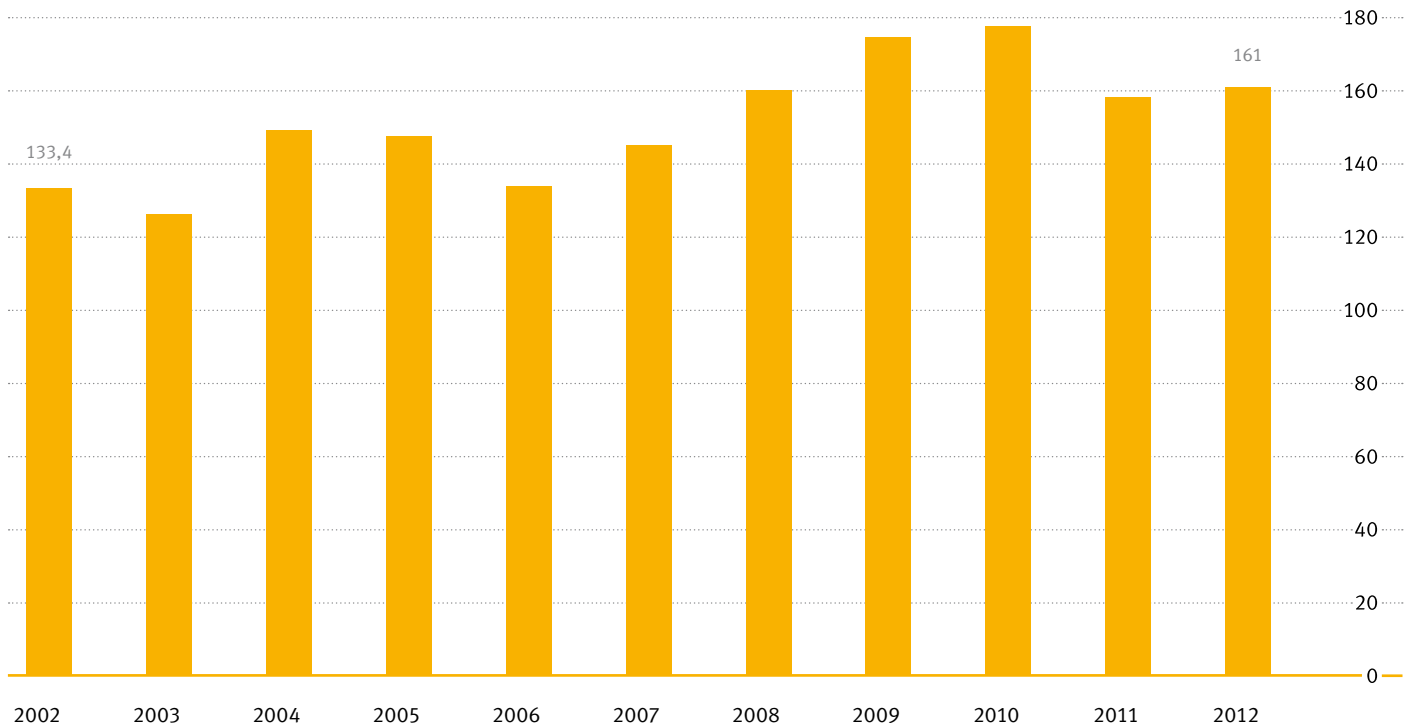
Haushalt

Das Statistische Bundesamt ist eine obere Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Die Mittel für das Jahr 2012 in Höhe von rund 161 Millionen Euro entsprachen einem Anteil von 2,9% am Gesamthaushalt des Bundesministeriums des Inneren.

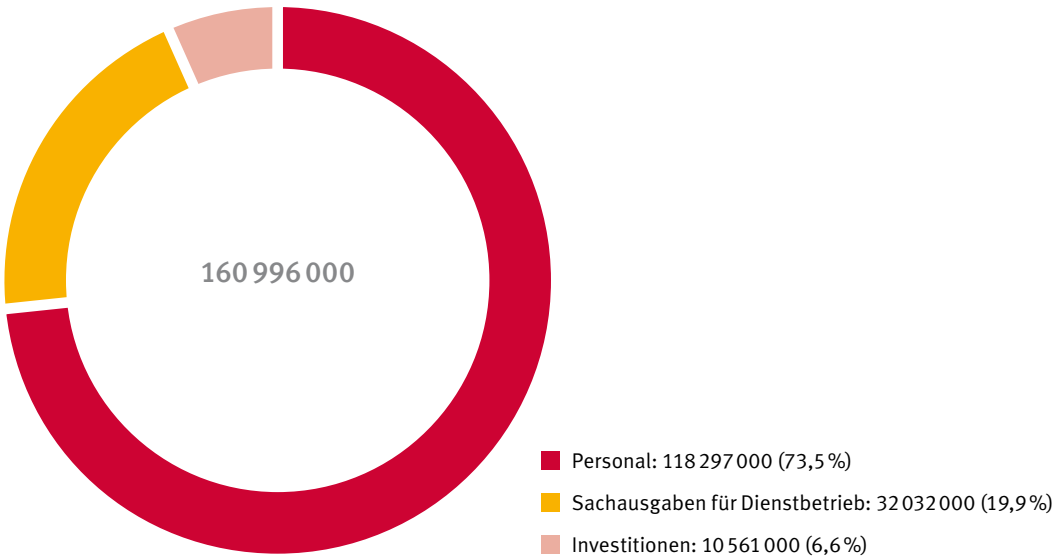
Das Erheben und Aufbereiten von Statistiken und die Verbreitung der Ergebnisse sind trotz des zunehmenden Einsatzes von Informationstechnologien personalintensive Aufgaben, die steigende Anforderungen an die Beschäftigten stellen. Der größte Kostenblock sind daher die Personalausgaben: Im Jahr 2012 entfielen rund 73% der veranschlagten Ausgaben des Statistischen Bundesamtes auf den Personalbereich. Die Sachausgaben für die Aufrechterhaltung des laufenden Dienstbetriebs machten einen Anteil von rund 20% aus. Weitere 6,5% entfielen 2012 auf Investitionen für Informationstechnologie und die laufende Sanierung des Dienstgebäudes in Wiesbaden.

Der Finanzplan sah 2012 für das Statistische Bundesamt Mittel in Höhe von rund 161 Millionen Euro vor. Im Laufe des Jahres mussten zusätzliche Einsparungen in Höhe von 7,2 Millionen Euro als Beitrag zur Globalen Minderausgabe des Bundesministeriums des Innern geleistet werden.

Haushalt des Statistischen Bundesamtes in Millionen Euro



Veranschlagte Ausgaben des Statistischen Bundesamtes 2012 in Euro
Anteile in %



Personal

Höhere Anforderungen der Datenproduktion und des Wissenstransfers verändern die Arbeitswelt im Statistischen Bundesamt. Beschäftigte werden aktiv in diese Veränderungsprozesse eingebunden, zum Beispiel durch regelmäßiges Feedback an die Führungskräfte.

„Führung im Blick“ war das Motto der Vorgesetztenrückmeldung 2011/2012 im Statistischen Bundesamt. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten die Gelegenheit, ihren Führungskräften per Fragebogen anonym Feedback zu geben. Die Vorgesetztenrückmeldung wird künftig regelmäßig alle vier Jahre durchgeführt und ist Teil des Personalentwicklungskonzeptes. Neben dem Kooperationsgespräch, der Mitarbeiterbefragung und weiteren Formen der Rückmeldung ist die Vorgesetztenrückmeldung ein wichtiges Instrument zur Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zur Weiterentwicklung der Führungskultur im Statistischen Bundesamt.

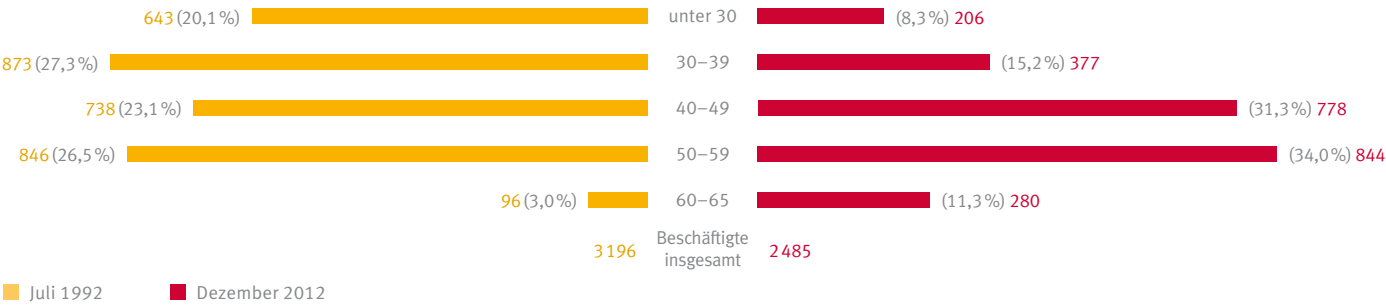
Im Rahmen der Vorgesetztenrückmeldung erhalten Führungskräfte Feedback zur persönlichen Zusammenarbeit, Teamführung oder ihrem Informations- und Entscheidungsverhalten. Sie erhalten einen Bericht der zusammengefassten Ergebnisse und Hilfestellungen bei der Analyse und Interpretation. Die Führungskräfte entwickeln anschließend gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ideen, um die Zusammenarbeit im Team zu verbessern und dadurch die Arbeitsprozesse zu optimieren.

Eine älter werdende Belegschaft und höhere Anforderungen in der Statistikproduktion haben in den letzten Jahren die Personalstruktur verändert. Neue Anforderungen ergeben sich für Beschäftigte

durch die Verschmelzung neuer Technologien und des Wissenstransfers sowie durch Arbeitsstrukturen, die zunehmend über festgelegte Organisationseinheiten hinausgehen. Der Personalbestand hat sich innerhalb der letzten 20 Jahre um gut 22 % verringert. Seit einigen Jahren werden methodisch-analytische Aufgaben an das Statistische Bundesamt herangetragen, die zunehmend wissenschaftliche Kompetenzen voraussetzen. Das Statistische Bundesamt passt daher die Stellenstruktur diesem Aufgabenwandel sukzessive an und erhöht damit das Qualifikationsniveau der Beschäftigten. Entsprechend hat sich der Anteil des Personals im höheren Dienst an allen Beschäftigten in den letzten 20 Jahren von rund 10 % auf rund 19 % fast verdoppelt.

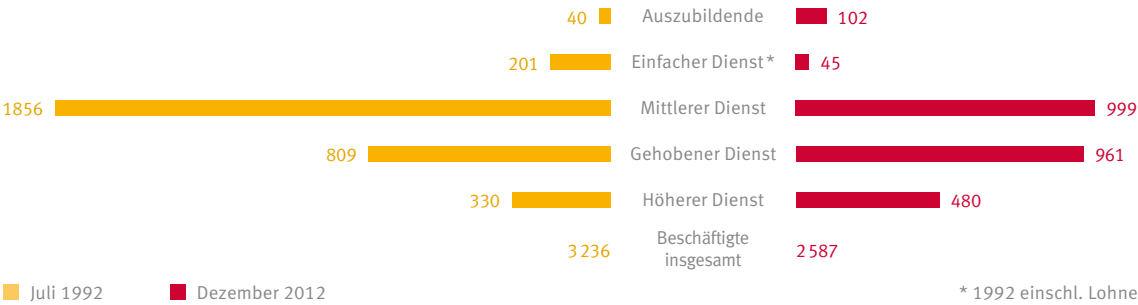
Veränderungsprozesse werden gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern realisiert, Möglichkeiten geschaffen, eigene Kompetenzen zu erweitern und die Fürsorge für die Beschäftigten gewährleistet – so werden sinngemäß die strategischen Ziele für die Beschäftigten formuliert. So wurden in das Fortbildungsprogramm Angebote aufgenommen, die den Wissenstransfer in der Informationsgesellschaft aufgreifen. Das Sozial- und Gesundheitsmanagement bot 2012 zum Thema „Stress und Burnout“ Veranstaltungen an, die Beschäftigten einen besseren Umgang mit den Folgen steigender Arbeitsbelastung ermöglichen.

Beschäftigte nach Altersklassen im 20-Jahresvergleich
(ohne Auszubildende)



Personalentwicklerinnen und Personalentwickler im Statistischen Bundesamt











Beschäftigte nach Laufbahngruppen im 20-Jahresvergleich



* 1992 einschl. Lohnempfänger und -empfängerinnen.

Leitung



-  **Roderich Egeler**
Präsident und Bundeswahlleiter
-  **Dieter Sarreither**
Vizepräsident, stellvertretender Bundeswahlleiter
-  **Jürgen Chlumsky**
Verwaltung, Bürokratiekostenmessung
-  **Dr. Roland Gnoss**
Unternehmensregister, Verdienste, Industrie, Dienstleistungen
-  **Sibylle von Oppeln-Bronikowski**
Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation
-  **Dr. Sabine Bechtold**
Bevölkerung, Zensus, Finanzen und Steuern
-  **Beate Glitza**
Informationstechnik, Mathematisch-statistische Methoden
-  **Hannelore Pöschl**
Landwirtschaft, Umwelt, Außenhandel
-  **Irmtraud Beuerlein**
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt, Preise
-  **Karl Müller**
Gesundheit, Soziales, Bildung, Private Haushalte, Leitung der Zweigstelle Bonn

Stand: März 2013.

Kontakt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
www.destatis.de

Zweigstelle Bonn
Graurheindorfer Strasse 198
53177 Bonn

i-Punkt Berlin
Friedrichstrasse 50-55 (Checkpoint Charlie)
10117 Berlin

Allgemeiner Informationsservice

www.destatis.de/kontakt
Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05
Montag bis Donnerstag 8 bis 17 Uhr und Freitag 8 bis 15 Uhr

Pressestelle und journalistischer Informationsservice

presse@destatis.de
Telefon: +49 (0) 611 / 75 34 44
Montag bis Donnerstag 8 bis 17 Uhr und Freitag 8 bis 15 Uhr

